STADT STEIN AM RHEIN

Sitzung 03/12 des Einwohnerrates

Freitag, 22. Juni 2012, 20.00 - 23.00 Uhr
Bürgerasyl, Jakob und Emma Windler-Saal

Vorsitz:	Schlatter	Richard	Pro Stein	Präsident
Anwesend:	Einwohnerrat			
	Berner	Georg	parteilos	
	Cantieni	Arthur	SP	
	Derrer	Jörg	SP	Stimmenzähler
	Käser	Werner	FDP	Aktuar
	Knecht Käser	Ursula	FDP	
	Lengwiler	Guido	Pro Stein	
	Marty	Franz	CVP	
	Oster	Rolf	SP	
	Rietmann	Katharina	Pro Stein	
	Schlatter	Richard	Pro Stein	Präsident
	Schmid	Werner	FDP	Stimmenzähler
	Ullmann	André	Pro Stein	
	Vetterli	Ruedi	parteilos	
	Weibel	Urs	SP	
	Stadtrat			
	Eimer	Claudia Pia	Stadtpräsidentin	
	Böhni	Ernst	Werkreferent	
	Hug	Beat	Baureferent	
	Meile	René	Sozialreferent	
	Schilling	Heidi	Finanzreferentin	
	Verwaltung			
	Brügel	Stephan	Stadtschreiber	
	Furger	Martin	Zentralverwalter	
	Grötchen	Robert	Polizeichef/Weibel	
	Geschäftsprüfungskommission			
	Schäffeler	René	Präsident GPK	
	Häberli	Roland	Mitglied GPK	
	Oderbolz	Markus	Mitglied GPK	
Entschuldigt:	-			
Protokoll:	Widmer	Yvonne	Protokollführerin	

Traktanden

1. Protokollgenehmigung
2. Büro des Einwohnerrates: Vizepräsidium und Aktuar, Ersatzwahlen
3. Jahresrechnung 2011: Genehmigung
4. Sanierungen Werkleitungen Wasser und Siedlungsentwässerung, Finanzierung sowie Anpassung der Tarife von Wasser und Abwasser: Genehmigung der Tarifanpassungen
5. Definitive Einführung von Schulleitungen an den Schulen Stein am Rhein: Anpassung des Stellenplans
6. Volksmotion Moll, Erarbeiten eines Hafenreglements: Antrag auf Fristverlängerung bis 31.01.2013
7. Volksmotion Götti: Öffentliche Ausschreibung von Restaurationsbetrieben der Stadt Stein am Rhein
8. Allgemeine Umfrage

Einwohnerratspräsident Richard Schlatter eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr und begrüsst die Anwesenden.

Infolge der Wahl von Claudia Eimer zur Stadtpräsidentin muss das Büro des Einwohnerrates vervollständigt werden. Die Position Aktuar/in muss neu bestimmt werden. Richard Schlatter schlägt vor, auf der Traktandenliste unter 2 noch „Ersatzwahlen“ einzufügen.
Die ergänzte Traktandenliste wird stillschweigend angenommen.

Da auf die Wahl eines neuen Mitgliedes des Einwohnerrates infolge Neuwahlen Ende Jahr verzichtet wird, beträgt die Zahl der Einwohnerräte aktuell 14.

INNERES, Einwohnerrat, Protokolle **03.20.005**

1. Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Sitzung vom 13. April 2012 wird genehmigt.

INNERES, Einwohnerrat **03.20.**

INNERES, Wahlen, Gemeinde **03.65.005**

2. Büro des Einwohnerrates: Vizepräsidium und Aktuar, Ersatzwahlen

Ersatz-Wahl des Aktuars
Urs Weibel, SP, schlägt Ruedi Vetterli aus der SP-Fraktion als Aktuar vor. Er möchte gleichzeitig festhalten, dass die Tradition bisher anders war, dass man bisher die Funktion ersetzt hat, d.h. Arthur Cantieni ist direkt als Präsident gewählt worden, er sei nie Aktuar gewesen, sondern sei direkt als Vizepräsident eingestiegen, da werde jetzt die

Tradition geändert. Ob richtig oder falsch, ob dies der Usanz entspricht, ist im egal. Von ihm aus kann man so weiterfahren, er möchte allenfalls beliebt machen, dass das Büro überprüft, ob es dazu eine Anpassung in der Geschäftsordnung des Einwohnerrates braucht, dass für die Zukunft klar geregelt ist, wie vorzugehen ist, wenn eine Vakanz zu besetzen ist.
Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, möchte sich kurz zur Tradition der Reihenfolge der Positionen im Einwohnerrat äussern. Bei Arthur Cantieni hat seines Erachtens die Legislaturperiode neu angefangen, das wird nächstes Jahr auch der Fall sein, bei neuen Einwohnerräten wird das Büro neu besetzt werden. Der Alterspräsident wird die Sitzung eröffnen und die Wahlen durchführen, dann wird es eine neue Zusammensetzung geben. In seinen Augen ist es sinnvoll, wenn man diese Tradition und die Abfolge der Reihenfolge einhält, dass man vom Aktuar, zum Vizepräsident und dann zum Präsident wird. Man kann das aber selbstverständlich überdenken und diskutieren, ob man das so in der Geschäftsordnung definieren will.
Da keine weiteren Vorschläge zur Wahl des Aktuars folgen, werden die Stimmzettel ausgeteilt.

Der Einwohnerrat wählt **Ruedi Vetterli, parteilos**, mit 13 Stimmen als **Aktuar** für das restliche Amtsjahr 2012.

Ersatz-Wahl Vizepräsident
Der Einwohnerrat wählt **Werner Käser, FDP**, mit 13 Stimmen als **Vizepräsident** für das restliche Amtsjahr 2012.

Mitteilung an:
Ruedi Vetterli, Hoppihohstrasse 5, 8260 Stein am Rhein
Werner Käser, Mühlenstrasse 15, 8260 Stein am Rhein
Stadtschreiber
Stadtratskanzlei
Ablage

FINANZEN, Stadtkasse, Jahresrechnung 02.25.010

3. Jahresrechnung 2011: Genehmigung

Eintretensdebatte
René Schäffeler, Präsident GPK, erklärt, dass die GPK mit der transparenten und sauberen Rechnungsführung, vor allem auch im Bereich der laufenden Rechnung, sehr zufrieden ist. Das zeigt sich auch darin, dass sie keine materiellen Veränderungen betreffend dem Ergebnis hatten und dass sie in ihrem gedruckten Bericht beantragen, die Rechnung 2010 zu genehmigen. Im Rahmen der Prüfung wurden verschiedene Schwerpunkte gelegt: im Bereich Personal, Rückstellungen, Parkplatzfonds, Investitionen inkl. Bau- und Kreditabrechnungen. Er möchte auf diese vier Schwerpunkte kurz eingehen.
Personal
Die GPK hat darauf hingewiesen, dass der Stadtrat ein detailliertes Arbeits- und Ferienreglement erstellt, da in diesem Bereich einfach gewissen Unsicherheiten festgestellt worden sind. Dies wurde mit dem Stadtrat besprochen und es sind auch bereits gewisse Vorbereitungsarbeiten diesbezüglich in die Wege geleitet worden. Dieses Reglement möchte die GPK gerne einsehen, da es für sie ein sehr wichtiges Dokument ist, um betreffend Rechnungslegung Unklarheiten auszuräumen.

Rückstellungen
Im Berichtsjahr wurden einige Rückstellungen aufgelöst, dennoch ist die Meinung der GPK, dass im Jahr 2012 eine weitere Bereinigung stattfinden muss. Rückstellungen dürfen aus ihrer Sicht nur für laufende Projekte gebildet werden, wenn z.B. im nächsten Jahr noch gewisse Ergänzungsarbeiten gemacht werden müssen und nicht für geplante Investitionen.
Parkplatzfonds
Der Parkplatzfonds ist aufgebraucht. Die Entwicklungen der Parkgeldeinnahmen entsprechen nicht den Erwartungen, die Ausgaben übersteigen die entsprechenden Einnahmen und haben dazu geführt, dass der Stadtrat in der Rechnung 2011 entschieden hat, den Unterhalt von Anlagen nicht mehr vollumfänglich dem Parkplatzfonds zu belasten. Damit ist der ursprüngliche Zweck des Parkplatzfonds nicht mehr erfüllt. Deshalb wünscht sich die GPK eine Überarbeitung des entsprechenden Reglements mit Festlegung des Zwecks und der Prioritäten der Ausgaben, die über den Fonds abgerechnet werden. Auch welche Kosten zugeordnet werden und welche Einnahmen. Ziel muss ja auch sein, längerfristige Projekte im Bereich der Parkplätze finanzieren zu können. Der Stadtrat hat der GPK in Aussicht gestellt, sich an der Klausurtagung 2012 dem Thema anzunehmen.
Investitionen
Aus Sicht der GPK muss ein Unterhaltskonzept betreffend Strassen wie auch Liegenschaften erstellt werden. Sie empfehlen, um dies zu erarbeiten auch externe Hilfe zuzuziehen. Der Stadtrat hat auch auf Kapazitätsengpässe diesbezüglich hingewiesen, die mit der Neueinstellung in der Bauverwaltung sicher verbessert werden können. Auch das Unterhaltskonzept für die öffentlichen Anlagen ist schon länger pendent und sollte längst vorliegen.
Bereits im Voranschlag 2011 hat die GPK darauf hingewiesen, dass gewisse im Voranschlag enthaltene Investitionsprojekte aufgrund der zeitlichen Ressourcen und Kapazitäten so nicht realisiert werden können, dies hat sich jetzt auch in der Rechnung gezeigt. Verschiedene Bauvorhaben, die geplant waren, konnten im 2011 nicht realisiert werden. Darauf hat die GPK schon mehrmals in den Voranschlägen hingewiesen und sie werden an diesem Thema dranbleiben und noch stärker darauf drängen, dass es eine realistische Planung ist, dass diese Zeitplanung auch ein Teil der Vorlagen ist, damit man sich ein Bild machen kann, ob das für das nächste Jahr überhaupt realistisch ist. Dies hat Auswirkungen auf die Zinsen, es hat Auswirkungen auf die Abschreibungen und natürlich auch auf die Investitionsrechnung.
Was der GPK auch Sorgen macht, ist die Abwicklung der Dokumentation von verschiedenen Investitionsvorhaben. Dies betrifft Bauabrechnungen, Kreditabrechnungen. Darauf wird Markus Oderbolz noch genauer eingehen, wenn die Rechnung im Detail besprochen wird. Dies soweit aus dem detaillierten Bericht der GPK, der den Einwohnerräten ja auch zur Verfügung gestellt wurde.
René Schäffeler möchte an dieser Stelle allen Beteiligten danken, dem Stadtrat und dem Zentralverwalter für die konstruktive Zusammenarbeit, vor allem Martin Furger für die detaillierte und saubere Arbeit mit seinem Team.

Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, bedankt sich bei der GPK für die Ausführungen und für den detaillierten und gut nachvollziehbaren Bericht.

Finanzreferentin Heidi Schilling informiert, dass die Rechnung 2011 mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 220'000 abschliesst. Im Vergleich zum Voranschlag ist dieser Rechnungsabschluss besser ausgefallen. Budgetiert war ein Überschuss von Fr. 19'000. Korrekterweise kann man von Fr. 620'000 ausgehen an Mehreinnahmen oder

Minderausgaben. Zusätzlich zum Budget konnten noch Fr. 437'000 Abschreibungen vorgenommen werden.
Die Abweichungen zum Budget sind auf Seite 14 begründet. Wiederum können Mehreinnahmen bei den Steuern verzeichnet werden, mit Fr. 350'000 ist dies ein markanter Anteil. Zusammen mit einem geringeren Zinsaufwand von Fr. 155'000 und Buchgewinnen infolge Landverkäufen von Fr. 95'000 macht dies einen Betrag aus, der es erlaubt, auf der anderen Seite höhere Ausgaben zu verkraften, wie z.B. bei den Grünanlagen, bei der Bildung und bei den Pflegekosten.
Der Stadtrat freut sich, dem Einwohnerrat die Rechnung 2011 mit diesen positiven Zahlen vorlegen zu können. Dies ist bereits die achte Rechnung in Folge mit solch einem erfreulichen Abschluss. Auf der einen Seite tragen Beiträge der Jakob und Emma Windler Stiftung von rund Fr. 900'000 dazu bei, dass die Stadtrechnung erheblich entlastet werden kann. Andererseits ist auch eine seit Jahren grosse Ausgabendisziplin und Budgettreue feststellbar. Dies alles führt dazu, dass keine Neuverschuldung eingetreten ist. Die wiederkehrend positiven Rechnungsabschlüsse erlauben es, Investitionen ausserordentlich abzuschreiben. Als Reserve, zum Ausgleich künftiger Schwankungen, kann man auf das Eigenkapitalkonto zurückgreifen. Dieses weist aktuell Fr. 3,6 Mio. aus.
Stein am Rhein gehört zu den finanzstarken Gemeinden des Kantons Schaffhausen. Die Steuerkraft konnte in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht werden. Die Nettoschuld konnte in den vergangenen Jahren auf ein erfreuliches Niveau gesenkt werden. Alles in allem können wir dank unseres gesunden Finanzhaushaltes zuversichtlich in die Zukunft schauen. Allerdings müssen wir, in Anbetracht der im Finanzplan enthaltenen Investitionen, achtsam sein, dass diese Investitionen ohne zusätzliche Belastung des Steuerzahlers realisiert werden können.
Der Stadtrat hat zwischen 2007 und 2012 den Steuerfuss von 110% auf 95% gesenkt. Trotz dieser laufenden Senkung des Steuerfusses konnten bis jetzt immer wieder Mehreinnahmen verzeichnet werden. Gemäss Finanzplan ist es aber unwahrscheinlich, dass die schrittweise Senkung der Gemeindesteuer weiterverfolgt werden kann. Mit den geplanten Investitionen ist der Spielraum vermutlich vorderhand ausgeschöpft. Im Voranschlag 2013 wird sich weisen, welche Strategie verfolgt werden kann.
Die Nettoinvestitionen belaufen sich im 2010 auf Fr.1'561'786.00. Budgetiert waren Nettoinvestitionen von Fr. 3,6 Mio. Grössere Projekte wie die Sanierung des Chirchhofplatzes, des Pumpwerkes Etzwilen, sowie die Erneuerung der Wassertransportleitung Etzwilen konnten nicht wie geplant im 2011 ausgeführt werden. Erneut konnten die nicht durch kostendeckende Gebühreneinnahmen finanzierten Investitionen mit Mitteln der laufenden Rechnung vollständig abgeschrieben werden.
Ende April 2012 fand eine gemeinsame Sitzung der GPK mit dem Stadtrat statt. Verschiedene Sachverhalte wurden dabei aufgegriffen und besprochen. Es gibt pendente Punkte, wie sie von René Schäffeler erwähnt wurden. Im Bereich der Bauabrechnungen, insbesondere bei der Projektierung der Sporthalle HOGA, konnten nicht alle Vorgaben eingehalten werden. Die Arbeitsweise mit Bauherrenvertreter wird eine bessere Dokumentation der Bauabrechnungen ermöglichen. Der Stadtrat dankt der GPK für die Anregungen und für die lösungsorientierte und sachliche Zusammenarbeit.
An dieser Stelle dankt Heidi Schilling im Namen des Stadtrates der Jakob und Emma Windler Stiftung für die namhafte Beteiligung an den Kosten. Ebenso bei allen an der vorliegenden Rechnung beteiligten Personen, allen voran beim Zentralverwalter, bei den Mitarbeitern der Verwaltung, bei der Schule und bei der GPK für die gute Arbeit.

André Ullmann, Pro Stein, berichtet, dass die Arbeitsgemeinschaft Pro Stein die Rechnung 2011 ebenfalls eingehend geprüft hat. Er wird sich beim Eintretensvotum auf fünf Themen konzentrieren.
Der ausgewiesene Ertrag der Laufenden Rechnung allein sagt absolut nichts aus über den tatsächlichen Überschuss, welcher eigentlich erzielt wurde. Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung betrug im 2011 nämlich nicht Fr. 200'000 sondern effektiv knapp 1 Mio. Franken. Auf diesen Betrag kommt man, wenn man die übergesetzlichen Abschreibungen (Fr. 958'000) nicht tätigen würde und die Rückstellungen neutralisiert (- Fr. 210'000). Damit schliesst auch die Rechnung 2011 nahtlos an die hervorragenden Rechnungen der letzten acht Jahre an. So haben wir in den letzten sechs Jahren über das ordentliche Mass hinaus mehr als Fr. 10 Mio. an effektiven Überschüssen erwirtschaftet. Die Schlussfolgerung daraus ist, dass auch die diesjährige Rechnung nicht nur gut, sondern wie in den Vorjahren ausgezeichnet abgeschlossen hat.
Eine Auswirkung daraus ist nicht nur, dass wir eine äusserst gesunde Bilanz haben, sondern auch, dass wir in unseren Budgets nach wie vor sehr grosse Puffer eingebaut haben. Auf der Bilanz ist das für die Höhe der Abschreibungen relevante Verwaltungsvermögen seit Jahren auf stabil tiefem Niveau; wir haben Rückstellungen von über 5 Mio. für laufende Projekte und schliesslich haben wir ein Eigenkapital von rund Fr. 3,7 Mio. als Notgroschen. Viele andere Gemeinden beneiden uns allein deswegen. Trotz dieser äusserst gesunden Bilanz bauen wir weiterhin grosse Puffer in unsere Budgets ein. Der mit Abstand grösste Puffer sind die übergesetzlichen Abschreibungen. Sie betrugen im letzten Jahr wie eingangs erwähnt rund Fr. 960'000, was immerhin 12 Steuerprozenten entspricht. Die Schlussfolgerung daraus ist, dass wir die schrittweise Reduktion des Steuerfusses um jeweils 1 Prozentpunkt jährlich problemlos weiterführen und immer noch gesetzliche Reserven oder Abschreibungen gebildet werden können.
Wir attestieren dem Stadtrat sowie allen Bereichen der Verwaltung und der Werke eine hohe Budgettreue in der Laufenden Rechnung. Die grösseren Abweichungen vom Budget sind mehrheitlich in Bereichen angefallen, die nicht direkt von der Verwaltung beeinflusst werden können. Hier funktioniert offensichtlich die unterjährige Budgetkontrolle, was sicher auch ein Verdienst des Zentralverwalters ist. Vorbildlich ist auch die ausführliche Begründung von Budgetabweichungen. Schlussfolgerung daraus ist, dass der Stadtrat und die Verwaltung die Laufende Rechnung insgesamt gut im Griff haben.
Was der Stadtrat hingegen noch nicht im Griff hat, sind die Projekte, im speziellen die Bauprojekte. Die GPK hat in ihrem Bericht auf einige der Schwachstellen hingewiesen. Dazu zählt das Fehlen eines realistischen Zeitplanes unter Berücksichtigung der übrigen Projekte. Dazu zählt auch die teilweise grosse Abweichung zwischen Kostenvoranschlag und Abrechnung. Für diese Schwachstellen mag es Erklärungen geben, dennoch sollte der Stadtrat entsprechende Lehren daraus ziehen. Wo wir jedoch hier und heute energisch insistieren müssen, sind die mangelnde Leistungssteuerung und -sicherstellung sowie die entsprechende Finanzkontrolle im Projekt Sporthalle HOGA. Nach der Erfahrung, welche viele in den Kommissionen gemacht haben, speziell im Projekt Herfeld, wollen sie nicht, dass sich dies wiederholt und die festgestellten Mängel müssen möglichst rasch korrigiert werden. Rasch darum, weil wir uns ja bereits in der Baubewilligungs- und Ausführungsphase befinden. Wir werden in der Detailberatung einen entsprechenden Antrag um Nachbesserung der erfolgten Leistungen stellen.
Der fünfte und letzte Kommentar gilt der Arbeit der GPK. Ihre Arbeit ist qualitativ sehr hochstehend, nicht zuletzt, weil die GPK ausnahmslos mit Personen mit professionellen Sachkenntnissen besetzt ist. Zudem leistet sie ein beachtliches Arbeitsvolumen. Dies alles verdient die hohe Anerkennung des Einwohnerrates. Was mir und anderen Einwohnerräten hierbei nicht gefällt, ist die Tatsache, dass die Arbeit der GPK zu wenig produktiven Reibereien zwischen Stadtrat und GPK führt. Dabei geht es um die Beauf-

tragung der GPK. In der Geschäftsordnung des Einwohnerrates sowie auch im Reglement der Geschäftsprüfungskommission ist diese nicht klar geregelt. Dies wurde immer wieder angesprochen und er möchte beliebt machen oder den Antrag stellen, dass das Büro des Einwohnerrates sich diesem Thema annimmt und noch vor Ende dieser Amtsperiode die knappe Formulierung in der Geschäftsordnung der GPK präzisiert, damit der neue Rat auf einer besseren Basis arbeiten kann. Er wäre dankbar, wenn sich das Büro zu seinem Antrag noch äussern würde.
Pro Stein ist für Genehmigung der Rechnung und dankt abschliessend allen Beteiligten, dem Stadtrat, der Zentralverwaltung aber auch allen Mitarbeitern in den Werken und der Verwaltung für ihre Arbeit sowie der Jakob und Emma Windler Stiftung für deren finanzielle Unterstützung; man kann es drehen und wenden wie man will, es ist ein Segen für Stein am Rhein.

Urs Weibel, SP, stellt fest, ihm falle die undankbare Aufgabe zu, nach André Ullmann noch etwas zur Rechnung sagen zu wollen. Nach diesen Ausführungen könne man eigentlich nicht mehr viel hinzufügen, vor allem inhaltlicher Art. Er habe seinerzeit zur Budgetberatung 2011 gesagt: „Wenn ein Voranschlag mit einer schwarzen Null abschliesst und darin eine weitere einprozentige Steuerfusssenkung enthalten ist, ist das ein Zeichen dafür, dass die Verantwortlichen, Stadtrat und Verwaltung, ihre Arbeit umsichtig und sorgfältig ausführen, Wünschbares streichen und die städtischen Finanzen sich in einem guten Zustand befinden“. Wenn die Rechnung das Budget übertrifft, gibt es kaum Grund, vehement zu meckern, einmal mehr kann von einer ausgezeichneten Rechnung gesprochen werden. Es ist klar, das Resultat spricht für die Disziplin aller Beteiligten und deshalb zuerst von Seiten der SP-Fraktion ein grosser Dank an die Verwaltung, im Speziellen Zentralverwalter Martin Furger. Ein grosser Dank auch an die Jakob und Emma Windler Stiftung, welche auch letztes Jahr unsere Stadtrechnung grosszügig entlastet hat, die rund Fr. 900'000 entsprechen 10 Steuerfussprozenten.
Klar kann man in der an sich wohl schmeckenden Suppe Haare suchen. In der Laufenden Rechnung sind es nur Härchen, zumal die Kommentare, Geschäftsberichte aber auch der Bericht der GPK ausführlich und informativ sind. In der Laufenden Rechnung gilt es u.a. die Kostenentwicklung im Bereich Gesundheit (Neuorganisation Spitex) im Auge zu behalten, dort haben Vergleichszahlen gefehlt. Wir sind mit der GPK einig, dass im Rahmen der Verwaltungsreform dringend ein Ferien- und Arbeitszeitreglement zu erstellen ist, zum Wohle der Stadt aber auch der Angestellten.
In der Investitionsrechnung schwimmt aber eher ein „Zopf“ in der Suppe, dazu ein alter, das hat mein Vorredner André Ullman, wie auch die GPK schon erwähnt. Es werden sehr viele Projekte budgetiert, bei denen man schon in der Beratung Zweifel hat, ob diese realisiert werden können. Einmal mehr hat sich bewahrheitet, dass nicht alle vorgesehenen Projekte wie geplant realisiert werden konnten. Aber darauf kommen wir ja noch zurück. Da ist der Stadtrat in der Pflicht, seine Verantwortung wahrzunehmen und budgetierte Investitionsprojekte im vorgesehenen Zeitrahmen zu bearbeiten. HOGA wurde auch bereits erwähnt, darauf kommen wir auch noch zu sprechen. Auch die SP ist wenig erfreut über das Loch im Parkplatzfonds. Dieser entwickelt sich nicht gemäss den Prognosen und da doch diverse Ausgaben über die Einnahmen des Parkplatzfonds gedeckt werden, steht ein dringender Handlungsbedarf im Raum, wie man mit dem Parkplatzfonds umgeht. Dies ist eine Hausaufgabe, die sich der Stadtrat bereits gegeben hat und da insistieren wir nochmals, dass das wirklich seriös und eingehend diskutiert wird. Die schon angetönten Steuerfuss-Diskussionen können dann in einem halben Jahr geführt werden, wenn das Budget vorliegt. Wenn wir alle Investitionen, die vor der Türe stehen, angehen müssen, sieht es vielleicht doch wieder etwas anders aus. Da-

rauf möchte er zum heutigen Zeitpunkt erst gar nicht eintreten, aber die SP wird auf die Rechnung 2011 eintreten.

Werner Schmid, FDP, muss sich heraussuchen, was nicht bereits schon gesagt worden ist. Als erstes möchte er der Jakob und Emma Windler Stiftung danken, für die Mitfinanzierung der Projekte. Wie schon gesagt wurde, hat sie im letzten Jahr rund Fr. 900'000 bezahlt. Dies ist ein sehr grosser Betrag. Wie jedes Jahr möchte er darauf hinweisen, dass man das nicht als selbstverständlich anschauen darf, da das nicht bindend, nicht verpflichtend ist und dies kann unter Umständen irgendwann einmal zu Problemen führen.
Der Parkplatzfonds ist mehr oder weniger leer. Dieser entwickelt sich nicht so, wie man gedacht hat. Auch er möchte dem Stadtrat beliebt machen, dass dieser sich um den Parkplatzfonds kümmert und sich überlegt, was mit den laufenden Kosten gemacht wird, die dort belastet werden. Denn wenn der Parkplatzfonds nicht mehr genug gefüllt werden kann, müssen die Kosten anderweitig gedeckt werden und das wäre dann über die Rechnung. Diese Entwicklung widerspricht auch den Versprechungen, die gemacht wurden zum Parkhausprojekt. Die verschiedenen Punkte im Bericht der GPK sollten vom Stadtrat laufend beobachtet werden und man sollte daran arbeiten, diese zu optimieren.
Zum Schluss geht der Dank an alle, die an der Rechnung gearbeitet haben: dem Stadtrat, den Mitarbeitern der Stadt, an Martin Furger natürlich für den ausgezeichneten Abschluss. Wenn man die Finanzentwicklung der Stadt in den letzten acht Jahren anschaut, dann ist dies wirklich erfreulich und es gibt manche Gemeinde in der Schweiz, die gerne so gute Zahlen hätte.
Die bürgerliche Fraktion ist für Eintreten und wird dieser Rechnung zustimmen.

Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, erklärt, seit acht Jahren sei der Parkplatzfonds jedes Mal ein Thema. Jetzt habe er gehört, dass eine Klausurtagung geplant sei und er möchte fragen, wann diese stattfinden werde.

Stephan Brügel, Stadtschreiber, erklärt, sie seien in der Planung noch nicht so weit, da die neue Stadtpräsidentin ihr Amt erst am Montag angetreten habe.

Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, hofft, es sei das letzte Mal, dass der Parkplatzfonds in diesem negativen Sinne erwähnt werde und dass, wenn man das nächste Mal über den Parkplatzfonds spricht, dieser ein erfreulicher Fonds sei mit der Liquidität, die man immer gewollt habe.
Franz Marty, CVP, wirft ein, der Parkplatzfonds sei schon die acht Jahre vorher ein Thema gewesen, weil man ihn immer noch mehr schröpfen wollte.

Der Einwohnerrat ist einstimmig für Eintreten auf die Rechnung 2011.

<u>Detailberatung</u>

<u>Seite 17, Beschäftigte Lehrpersonen</u>
Guido Lengwiler, Pro Stein, bittet erneut darum, nicht nur die Anzahl der Lehrpersonen (aktuell 45), sondern auch die Anzahl der Stellen-Prozente anzugeben.

<u>Seite 37, Kreditabrechnung Sporthalle HOGA</u>
Markus Oderbolz, Präsident GPK, erklärt, die GPK habe bei der Abrechnung Planungskredit Sporthalle HOGA leider einige Sachen festgestellt, die sie etwas betrübt

haben. Sie haben auf die Thematik schon in jedem ihrer Berichte hingewiesen und zwar, dass die Dokumentationen aller Bau- und Kreditabrechnungen nicht dem entsprechen, was sie sollten. Es müssen Projektgenehmigungen, Bauverträge, Vergabeanträge, Baukreditabrechnung etc. vorliegen. Detailliert wurde der Projektierungskredit unter die Lupe genommen und es wurde festgestellt, dass sehr viele Dokumente fehlen. Es sind sehr, sehr wichtige Dokumente, es fehlen Verträge, es hat nur einen Planervertrag in dieser Dokumentation. Es wurden auch Leistungen und Offerten eingeholt, die nicht den Leistungsabgrenzungen des Vergabekredits entsprochen haben. Es gibt auch den Punkt, dass bei einer Rechnung der Rabatt nicht abgezogen wurde. Dies ist ein Punkt, der von Seiten der GPK her wirklich nicht geht und er hofft, dass eine gewisse Einsicht herrscht, dass dies künftig wirklich anders abläuft. Es ist so, vor allem wenn der Planungskredit noch nicht abgeschlossen ist, dass dies die Folgearbeiten massiv behindert. Da sind teilweise wichtige Dokumente nicht vorhanden. Vertraglich geregelt ist es so, dass sämtliche Leistungen, die bezahlt worden sind, zu erbringen sind. Er bittet den Einwohnerrat, die GPK entsprechend zu unterstützen, dass der Stadtrat die erforderlichen Massnahmen ergreift.
Beat Hug, Baureferent, informiert, dass der Stadtrat mit der GPK über dieses Thema gesprochen hat. Der Bau der Sporthalle HOGA läuft jetzt mit einem Bauherrenvertreter, es wurde eine Fachperson angestellt und er geht davon aus, dass auch die Dokumentation dann vollständig sein wird. Betreffend Planung sei er zwar involviert gewesen als Vizepräsident, aber dies sei nicht über den Tisch des Baureferats gelaufen, sondern über das Präsidialreferat. Sie hätten dann festgestellt, dass bei der einen Rechnung, das sei etwas kurios gewesen, zu einem deutlich tieferen Preis abgerechnet worden sei. Aber der ausstehende Rabatt hätte jetzt noch eingefordert werden können und wurde der Stadt gutgeschrieben. Das ist eigentlich die Begründung: es ist pauschal abgerechnet worden und der Rabatt wurde nicht gegeben, aber dies konnte jetzt noch geklärt werden. Während der Bauphase sollte jetzt alles gut laufen, alles ist auf Kurs, auch mit den Bauvergaben.
Er möchte gleich noch darüber informieren, dass gestern eine Anwohner-Information stattgefunden hat, damit diese wissen, wie der Bau abläuft. Er kann versprechen, dass offensiv informiert werden wird, d.h., die ganze Bevölkerung wird immer wissen, was auf der Baustelle läuft. Es wird häufig Kurzberichte in der Zeitung geben, ähnlich wie in Diessenhofen, und es wird darüber nachgedacht, eine Web-Cam zu installieren, deren Bilder dann über die Homepage der Stadt angeschaut werden können.

Antrag

Georg Berner, parteilos, erklärt, dass basierend auf den Ausführung von Markus Oderbolz die Pro Stein gerne folgenden Antrag stellen möchte:

Der Stadtrat wird beauftragt, die fehlende Leistungserfüllung der Planer beim Planungskredit HOGA innert 6 Wochen nachbearbeiten zu lassen.
- Bereinigen der Planerverträge durch die Architekten (sind Bestandteile der bereits vergüteten Leistungen an den Architekten)
- Geltendmachung des nicht vergüteten Rabattes bei der Rechnung des Bauingenieurs
- Erstellen einer Gesamtdokumentation über alle Planerleistungen als Abschluss der Bauprojektphase gemäss SIA 102 Art 3.4. durch den Architekten (dient als Basis für die Umsetzung des Projekts)

André Ullmann, Pro Stein, möchte ergänzen, dass dies die Punkte sind, auf die Markus Oderbolz bereits hingewiesen hat. Sie hätten das jetzt so verfasst, dass es wirklich unmissverständlich sei. Beat Hug habe gesagt, dass gewisse Punkte bereits in Angriff genommen worden seien. Pro Stein möchte den Stadtrat einfach unterstützen, dies effektiv innerhalb der nächsten sechs Wochen zu erledigen. Sie möchten vermeiden, dass man auf einer unsauberen Basis arbeitet und eine ähnliche Situation entsteht wie bei dem Bau Herfeld.
Beat Hug, Baureferent, ist überrascht, er hat nichts von diesem Antrag gewusst und konnte sich darauf nicht vorbereiten. Das eine wurde bereits erledigt, die Planer-Verträge sind auch eingetroffen, diese sind beim Bauherrenvertreter und diese werden auch noch durch ein Fachbüro überprüft. Am Montag werden diese Verträge offiziell dem Stadtrat übergeben. Diese werden durch den Stadtrat gesichtet und dann wird der Stadtrat einen Kredit beschliessen.
Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, möchte, dass der Antrag richtig verstanden wird. Dieser soll allen helfen, die Lehren aus vergangen Projekten zu ziehen, die teilweise bis zum Schluss nicht ganz transparent abgelaufen sind. Dies soll aber keine Schuldzuweisung sein. Bei diesem Projekt kann man zum jetzigen Zeitpunkt sagen, wir gehen nochmals einen Schritt zurück und machen das Projekt transparent mit allen Vorgaben, die gegeben sind.
André Ullmann, Pro Stein, ist froh, dass diese Arbeiten in Angriff genommen worden sind. Das wichtigste ist der dritte Punkt, die Gesamtdokumentation. Das ist die Grundlage, auf der dann letztlich der finanzielle Rahmen für das ganze Bauprojekt basiert. Darin ist z.B. beschrieben, was für ein Boden die Grundlage der gesamten Planung war, über schalldämmend, dreilagig, was auch immer. An dieser Beschreibung müssen sich die Personen, die jetzt mit der Ausschreibung beschäftigt sind, orientieren können damit wenn dann etwas anderes gewünscht wird, auch ein Mehr- oder Minderpreis geltend gemacht werden kann. Dies ist ein wichtiges Dokument für diejenigen, die jetzt mit der Bauausführung beschäftigt sind. Der dritte Punkt ist sicher der wichtigste, da Unterlagen sicher bei den Architekten vorhanden sind und gemäss dem vorherigen Angebot auch hätten geliefert werden müssen. Der Architekt hat sich dann, aufgrund der etwas speziellen Situation, wohl auch etwas herausgeschwatzt. Diese Dokumente müssen einfach nachgefordert werden, denn dies ist ein Teil der bereits bezahlten Leistungen.
Beat Hug, Baureferent, gibt gerne nochmals Antwort. Er weiss allerdings nicht, was in der Zwischenzeit alles eingereicht worden ist, er konnte die Unterlagen noch nicht alle sichten, wird das aber sicher tun. Er möchte aber gerne wissen, in welchem Zusammenhang der Antrag der Pro Stein gestellt werden soll. Was dies mit der Rechnung zu tun hat, fragt er sich. Er sei schon lange politisch tätig und wenn man einen solchen Antrag stellt, müsste fast ein Vorstoss gemacht werden. Er konnte sich nicht vorbereiten und ihm kommt das etwas komisch vor. Er kann versichern, dass das Projekt jetzt in der Bauverwaltung ist. Offiziell hat er die Unterlagen, was abgerechnet worden ist, noch nicht erhalten. Er nimmt aber an, dies wird dann auch in die Gesamtakten einfliessen. Seit jetzt aber mit dem Baukredit gearbeitet wird, bisher wurde über den Planungskredit gesprochen, ist lückenlos vorhanden, was bis jetzt passiert ist, alle Vergaben, alle Stadtratsbeschlüsse usw. sind vorhanden.
Von Seiten der **GPK** wird präzisiert, dass nur beurteilt wird, was sie im Zusammenhang mit der Rechnung 2011 vorgefunden haben, da geht es um Leistungen, die hätten erbracht werden sollen, der Planungskredit hat nichts mit dem Baukredit zu tun. Man versucht eine gute Basis zu schaffen, für das, was jetzt dann passiert.
André Ullmann, Pro Stein, erklärt, es stimme, rein rechtlich sei ein solcher Antrag nicht machbar, das einzige was möglich sei, wäre die Kreditabrechnung dieses Planungskredites zurückzuweisen. Das wäre aber aus ihrer Sicht nicht sehr konstruktiv.

Sie wollten einfach genau formulieren, was sie erwarten, damit dies erfüllt ist und sie gehen davon aus, dass dies geschieht. Dann wäre der Antrag erledigt. Dies wäre ein konstruktiveres Vorgehen als das Zurückweisen der Kreditabrechnung.
Beat Hug, Baureferent, ist froh, dass er dies auch schriftlich hat, sieht dies aber jetzt zum ersten Mal.
Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, möchte über den Antrag abstimmen.
Beat Hug, Baureferent, nimmt den Antrag gerne als Anregung zur Kenntnis und erachtet eine Abstimmung darüber als nicht zwingend.
Stephan Brügel, Stadtschreiber, erklärt, es sei nur eine Zurückweisung der Kreditabrechnung möglich.
André Ullmann, Pro Stein, zieht den Antrag zurück, möchte es aber protokolliert haben.

Der Stadtrat wird innerhalb der nächsten 6 Wochen die noch offenen Punkte aus dem Antrag Georg Berner erledigen.

Seite 41, Bauabrechnung Erweiterung Schützenhaus-Parkplatz
Werner Schmid, FDP, weist darauf hin, dass der Stadtrat selber schreibt, dass die Fussgängerführung vom Parkplatz noch nicht gelöst ist. Er möchte wissen, was der Stand der Dinge ist.
Ernst Böhni, Werkreferent, kann im Moment nichts dazu sagen. Es gibt die Planung eines neuen Radweges und danach wird man dieses Problem lösen können.

Seite 48, Pos. 024 314.00 Unterhalt der Gebäude und Anlagen
André Ullmann, Pro Stein, erwähnt, dass beim Kommentar auf Seite 49 darauf hingewiesen wird, dass Geld zurückgestellt worden ist für die Modernisierung des Alarmübermittlungsanschlusses. Die gleichen Rückstellungen wurden auch für andere Objekte gemacht. Gewisse andere Gebäude sind wieder nicht darin enthalten, z.B. HOGA oder Rathaus. Er bittet den Stadtrat zu informieren, was damit gemeint ist.
Beat Hug, Baureferent, erklärt, dass dies die Brandmeldeanlagen betrifft. Es geht um die digitale Übermittlung mit den neuen Telefonleitungen. Die einen Anlagen müssen angepasst werden und die anderen noch nicht, dies geschieht etappenweise. Aufgeführt sind diejenigen, die offeriert sind und zwingend angepasst werden müssen. Im Moment wird die Stadtkirche angepasst und diese Arbeiten werden jetzt laufend ausgeführt.

Seite 55, 106 434.01 Gebühren Jahrmarkt
Franz Marty, CVP, weist darauf hin, dass im Kommentar erwähnt wird, dass die Gebühren erhöht werden, auch die Miete von Ständen und Bänken. Er möchte einfach darauf hinweisen, dass die Gebühr für die Standmiete vor noch nicht allzu langer Zeit angepasst worden ist. Was angepasst werden könnte, ist sicher der m²-Preis.
Ernst Böhni, Werkreferent, erklärt, sie seien daran dies zu überprüfen. Tatsächlich fallen Kosten an, die nicht durch die Einnahmen gedeckt sind. Es ist so wie Franz Marty sagt, die Standplätze sind relativ günstig gegenüber anderen umliegenden Gemeinden und es werden jetzt Vergleiche gemacht.

Seite 60
Franz Marty, CVP, hat bemerkt, dass früher unter Position 200 eine Position Elternrat war. Bekommt der Elternrat kein Geld mehr oder wo findet man das?
Heidi Schilling, Finanzreferentin, erklärt, dass im Moment der Elternrat über die Schule laufe. Dies möchte man ändern und nach dem jetzt erfolgten Zusammenschluss

von Primar- und Oberstufe, die Organisation als Verein laufen lassen. Im Moment läuft es aber noch über die Schule und der Elternrat erhält Fr. 1'000.
Franz Marty, CVP, erklärt, es gehe ihm noch um etwas anderes und zwar finanziere der Elternrat ja den Bus in den Waldkindergarten und er findet keine Angaben, welche Beträge dort hineinfliessen. Weiter hinten steht dann, dass die Gebühren erst ab 2013 geplant werden und er findet dies nicht ganz korrekt, da es nach seinen Informationen keinen Stadtratsbeschluss gibt, dass der Altersheimbus in den Waldkindergarten fährt. Er meinte, es sei noch kein Jahr her, dass der Waldkindergarten bewilligt wurde und auf Seite 3 oben, 2. Linie gestanden ist: „Der Transport zum Waldkindergarten ist Sache der Eltern". Wenn es keinen Stadtratsbeschluss gibt, könnte man dem Altersheimleiter fast noch Vorteilsnahme im Amt unterstellen, da sein Kind auch in den Waldkindergarten gefahren wird. Er wäre froh, wenn das nächstes Jahr sauber geregelt ist.
Heidi Schilling, Finanzreferentin, möchte nochmals darauf hinweisen, dass der Elternrat ein privater Verein ist und die Windler-Stiftung gibt das Geld an den Elternrat, der dort einen Antrag gestellt hat. Der Altersheimbus wird gemietet und der Fahrer wird mit diesen Geldern bezahlt.
Franz Marty, CVP, erklärt, die Schulreferentin könne davon ausgehen, dass er genau informiert sei, wie es dort ablaufe. Der Beitrag, der der Elternrat von der Jakob und Emma Windler-Stiftung erhalte, reiche wahrscheinlich nicht einmal richtig, um den Chauffeur zu bezahlen. Es gehe ihm einfach darum, dass das sauber gelöst wird und jetzt ist es nicht sauber gelöst.

Seite 60, Pos. 452.00 Gemeindebeiträge für auswärtige Schüler
Franz Marty, CVP, verweist auf den Kommentar auf Seite 61 betreffend den Elternbeitrag für das auswärtige Kind, das in den Waldkindergarten geht, das sind total Fr. 3'600 Elternbeiträge. Seine Frage ist, ob sonst noch von irgendwoher Beiträge für das Kind kommen.
Heidi Schilling, Finanzreferentin, erklärt, es kämen keine anderen Beiträge, es seien nur die Fr. 3'600 pro Jahr von den Eltern.
Franz Marty, CVP, möchte wissen, auf welcher Basis man diesen Preis ermittelt hat. Ein Oberstufen-Kind aus Hemishofen bezahlt Fr. 12'990 und die Besoldungs-Differenz ist jetzt ja nicht so riesig zwischen einer Waldkindergarten- und einer Oberstufen-Lehrperson.
Heidi Schilling, Finanzreferentin, antwortet, bei einem Kind aus Hemishofen werden die Kosten und Unkosten genau ermittelt und hier ist man von diesen Fr. 1'800 im halben Jahr, Fr. 3'600 im ganzen Jahr ausgegangen. Sie müsse dem nachgehen, wie man die Zahl berechnet hat.
Franz Marty, CVP, glaubt sich daran zu erinnern, dass die Maximal-Zahl im Waldkindergarten 12 ist und wenn man jetzt 12 aus einer anderen Gemeinde oder dem Ausland nehmen würde, gäbe dies einen Beitrag von Fr. 43'200 und die Differenz zu einer Besoldung zwischen Fr. 80'000 und 90'000 würde dann die Stadt übernehmen, ohne gesetzliche Grundlagen.
Heidi Schilling, Finanzreferentin, verspricht, dem nachzugehen.

Seite 66, Pos. 309 319.04, Weihnachtsbeleuchtung
André Ullmann, Pro Stein, weist darauf hin, dass unter dieser Position die Mehrkosten für die Montage der Beleuchtung begründet wird. Er findet, dass wir uns eine sehr luxuriöse Weihnachtsbeleuchtung gegönnt haben. Ihn beschäftigt weniger, was uns die Beleuchtung letztes Jahr gekostet hat, daran können wir nichts mehr ändern, vielmehr interessiert ihn, ob jetzt jedes Jahr so hohe Kosten entstehen und wenn ja, möchte er

beliebt machen, dass sich der Stadtrat überlegt, ob wir die richtige Weihnachtsbeleuchtung haben.
Ernst Böhni, Werkreferent, erklärt, dass die Zahlen stimmen. Sie haben einen rechten Aufwand, man braucht Spezialfahrzeuge, um diese Seile und Leitungen aufzuhängen und dies müssen sie Fremdvergeben und können es nicht selber machen.
Werner Käser, FDP, möchte darauf hinweisen, dass der Gewerbeverein jedes Jahr Fr. 4'000 an die Weihnachtsbeleuchtung bezahlt. Er wisse nicht, ob dies noch irgendwo sichtbar ist, wenn nicht, würde die Beleuchtung noch Fr. 4'000 teurer sein.
Franz Marty, CVP, erklärt, die Fr. 4'000, die der Gewerbeverein bezahlt beinhalten z.B. all die Tannenbäumchen, das läuft alles nicht über die Stadt.
André Ullmann, Pro Stein, sagt, wenn man davon ausgehen muss, dass die Kosten wiederkehrend sind, sich der Stadtrat Gedanken über diese Kosten macht, denn sonst wird spätestens in einem Jahr der Antrag gestellt, dass dieser Betrag nicht mehr zur Verfügung gestellt wird und dass eine andere Weihnachtsbeleuchtung gesucht werden muss. Sie sind eigentlich grundsätzlich für eine Weihnachtsbeleuchtung, da Stein am Rhein von dieser Beleuchtung profitiert, aber es kann nicht sein, dass dies wiederkehrend über Fr. 20'000 kostet.
Urs Weibel, SP, erinnert sich, dass im Voranschlag beim Kommentar zu dieser Position gestanden hat, dass sich der Stadtrat um eine allfällige Fremdfinanzierung bemüht. Wie weit sind diese Bemühungen schon?
René Meile, Sozialreferent, erklärt, sie hätten sich sehr bemüht aber mit null Erfolg.
Heidi Schilling, Finanzreferentin, meint, es sei ja auch eine touristische Angelegenheit und man könnte das auch gleich im Zusammenhang mit dem Parkplatzfonds diskutieren, ob ein gewisser Betrag dort noch Platz hätte und ob es überhaupt dort hinein gehöre oder nicht.
André Ullmann, Pro Stein, erwidert, das Ganze über den Parkplatzfonds zu schleusen, sei nicht die Lösung. Der Parkplatzfonds sei genau das Gleiche wie die laufende Rechnung. Dies nur um vorzubeugen, dass man meint, dies sei jetzt die Lösung.
Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, erklärt, es gehe auch in seinen Augen nicht darum, wo verbucht man die Kosten, sondern, ob man sie überhaupt noch verbuchen kann.

<u>Seite 88, 720 Pos. 318.00 Kehrricht- und Sperrgutbeseitigung</u>
André Ullmann, Pro Stein, möchte wissen, wieso bei einem Budget von Fr. 41'000 effektiv nur Fr. 19'408.35 angefallen sind, was hat zu dieser grossen Abweichung in der Rechnung geführt? Lassen sich für den Stadtrat Lehren daraus ziehen, was die Budgetierung für die Zukunft anbelangt.
Ernst Böhni, Werkreferent, kann noch keine Erklärung geben, da er sich noch in der Übergangsphase befindet.
Martin Furger, Zentralverwalter, kann die eine Erklärung geben, dass im Entsorgungsverband gewisse Abgrenzungsprobleme bestehen, da am Jahresende bei den Gebührenmarken kein Inventar gemacht wird. Das kann Verschiebungen vom einen auf das andere Jahr geben, wenn im Dezember noch viele Marken und Säcke verkauft werden und die Kosten dann erst im folgenden Jahr anfallen. Grundsätzlich sind die Einnahmen und Ausgaben im Entsorgungsverband stark schwankend.
André Ullmann, Pro Stein, denkt, dass das sicher einen Teil der Differenz ausmacht, aber dass dies nicht alles sein kann. Er wäre froh, wenn sich der Stadtrat dem annehmen würde.

<u>Seite 105, 33 331 Verwaltungsvermögen - Vorgeschriebene Abschreibungen</u>

André Ullmann, Pro Stein, möchte vorschlagen, dass man das Wort „vorgeschriebene“ streicht, da man schon lange darüber hinaus ist. Wie man beim Eintretensvotum gehört hat, macht man ja bereits übergesetzliche Abschreibungen.
Heidi Schilling, Finanzreferentin, nimmt das so entgegen.

Rückkommen
Franz Marty, CVP, möchte ein Rückkommen auf Seite 78/79 Alters- und Pflegeheim, 570 Pos. 311.02. Das sind seines Erachtens explizit Ausgaben für den Waldkindergartentransport, die nicht über den Elternrat laufen. Es ist auch so, dass die Ausgaben für diesen Bus über den Elternrat laufen, die Arbeit aber das Rathaus macht. Was bei der Kita nicht ging oder niemand wollte, geht bei diesem Verein problemlos.
Martin Furger, Zentralverwalter, erklärt, es laufe alles über diesen privaten Verein.

Beschluss:

Die Jahresrechnung 2011 wird einstimmig genehmigt.

Mitteilung an:
Finanzreferentin
Zentralverwaltung
Stadtratskanzlei
Ablage

BAU, Wasserversorgung, Wasserversorgung 00.50.020

4. Sanierungen Werkleitungen Wasser und Siedlungsentwässerung, Finanzierung sowie Anpassung der Tarife von Wasser und Abwasser: Genehmigung der Tarifanpassungen

Ernst Böhni, Werkreferent, bedankt sich für die Möglichkeit, die Vorlage Sanierungsplan und Kostenberechnungen 2012 - 2020 Wasser, Kanalisation und Strassenbau; Anpassung der Tarife Wasser und Abwasser per 1. Oktober 2012 erläutern zu können. Wie bekannt, werden die Subventionen per 2020 aufhören. Die Stadt ist verpflichtet bis 2015 die Planungen einzureichen. Dies zwingt, gewisse Sanierungen bereits jetzt anzugehen. Die Annahme der Burgacker Sanierung vom Volk an der Urne vom letzten Sonntag zeigt, dass die Stadt auf dem rechten Weg ist. Die Stadt ist auch gefordert, zu überlegen, wie diese Investitionen überhaupt bezahlt werden können ohne grosse Schuldenberge zu machen. Zusammen mit Fachleuten wurde dies alles diskutiert und festgelegt. Der Vorschlag des Stadtrates ist, dass man beim Trinkwasser die Gebühr um 50 Rappen erhöht und gleichzeitig beim Abwasser den Tarif um 50 Rappen senkt. Alle Einwohnerräte haben die Dokumentierung erhalten, wie sich das dann auswirkt und dass man in einen Engpass mit den Kosten kommt. Wenn man das jetzt mit dieser 50/50 Lösung macht, ist das eine verbraucherneutrale Sache.
Mit der Etappierung des Projekts, sollten die Erneuerungen sinnvoll möglich sein. Die Koordination wird über einen Bauherrenvertreter laufen, dementsprechend auch die Abrechnungen. Dies im Sinne wie es von der GPK gewünscht wird und das gilt auch für eine lückenlose Dokumentation. Wie auf Seite 5 der Vorlage ersichtlich, ist Stein am Rhein auch mit den Anpassungen der Tarife immer noch im Mittelfeld beim Vergleich mit anderen Gemeinden. Mit der bereits jetzigen Anpassung möchte der Stadtrat erreichen, dass die finanziellen Mittel jeweils für die geplanten Projekte vorhanden sind. Bei den Kosten der Abwasserentsorgung ist noch der Entsorgungsverband beteiligt und

man hat festgestellt, dass es deshalb fast schwieriger ist, die Kosten für das Abwasser zu planen. Beim abgegebenen „Weissbuch“ handelt es sich stets um Kostenschätzungen, d.h. als erstes wird eine Fernsehkamera in die Leitung geschickt, die dann aufzeigt, welche der möglichen Sanierungen sinnvoll ist. Die Werkkommission hat dem Vorschlag zugestimmt und der Stadtrat empfiehlt, die Vorlage anzunehmen

Guido Lengwiler, Pro Stein, muss als Mitglied der Werkskommission sagen, dass es sich hier um ein sehr ambitioniertes Projekt handelt. 50 Rappen hin und her schieben ist die eine Sache, aber es geht hier um ein Projekt bei dem wir mehr als 10 Millionen investieren, investieren sollten. Es geht auch um 3 Mio., die, wenn die Projekte in den nächsten 2 ½ Jahren eingereicht werden, beim Kanton abgeholt werden können. Es ist ein riesiges Projekt, aber die Pro Stein ist mehrheitlich dafür, dass dies jetzt angegangen wird. Jetzt investieren wir im grossen Stil, können aber dann nicht 2020 sagen, jetzt investieren wir nichts mehr und haben 20 Jahre Ruhe. Wir wissen nicht, was im Bereich Wasser noch alles auf uns zukommt, deshalb ist gut, dass jetzt vorwärts gemacht wird. Was im Bereich Abwasser noch auf uns zukommen wird im Zusammenhang mit der Kläranlage, mit der Kläranlagen-Sanierung, allfällig mit einer Kläranlagen-Zusammenlegung, was sehr futuristisch gedacht ist, da können grosse ein- bis zweistellige Millionenbeträge auf uns zukommen. Wir sind dann froh, wenn wir noch etwas auf der Seite haben von unseren Gebühren. In diesem Sinne ist Pro Stein zuversichtlich und gratuliert dem Stadtrat zu seinem Ansinnen, diese Projekte anzupacken und auch durchzuziehen.
Selbstverständlich fand auch die grosse Diskussion unter dem Titel „Grundpreis versus Arbeitspreis“ statt. Er kann sich noch gut erinnern und sicher auch der Einwohnerrat Cantieni, als sie sich bei der Einführung des Wasserzinses links und rechts gestritten haben Grundpreis – Arbeitspreis. Er weiss auch noch, dass man lange um einen Kompromiss gerungen hat und der Kompromiss hat dann nicht sehr gut vom Verursacherprinzip her abgeschnitten. Wir haben einen sehr grossen Grundpreis ausgehandelt und einen relativ kleinen Arbeitspreis. Jetzt kann man eigentlich mit dieser Anpassung, die der Stadtrat vorschlägt, mit der Verschiebung der 50 Rappen, in die bessere Richtung gehen. Grundsätzlich wäre es ja richtig, wenn es allerhöchstens 50/50 wäre oder sogar grösser zugunsten Arbeitspreis, damit das Sparen interessant ist und der Wasserhahn früher abgestellt wird. Nur, wenn man diese Grundsatzdiskussion heute Abend führen möchte und im grösseren Stil darüber diskutieren, könnte das gewisse Geldflüsse in Bedrängnis bringen und wir könnten nicht in diesem Tempo vorwärtsmachen, wie das der Stadtrat geplant hat. Deshalb sind sie mehrheitlich in der Fraktion der Meinung, dass das gar nicht eine so schlechte Lösung ist die 50 Rappen von der Seite, wo er im Moment gerade nicht so stark gebraucht wird, auf die Seite, wo er gerade intensiv gebraucht wird, zu verschieben. Aber wir sind der festen Überzeugung, dass das nicht die letzte Diskussion in den nächsten 30 Jahren über den Wasserpreis ist. Wir werden sicher in den nächsten Jahren vom einen oder anderen Einwohnerrat oder Lager die Möglichkeiten haben, einen Vorstoss zu beraten zu den Gebühren im Wasser- und Abwasserbereich. Von Pro Stein wird es aber nicht als gut angesehen, wenn diese Diskussion massiv jetzt vom Zaun gerissen würde.
Wir finden es grundsätzlich richtig und befürworten, dass die GPK sich eingeschaltet hat und dieses Geschäft bereits angeschaut hat, dass die GPK gewisse Inputs gegeben hat und auf gewisse Differenzen hingewiesen hat, die sie etwas anders sehen. Wir möchten aber trotzdem, im Sinne der Sache, dieses Projekt so mehr oder weniger durchwinken. Wir möchten es uns aber vorbehalten, dass wir in der Detailberatung die eine oder andere Anregung anbringen oder sogar einen Antrag stellen werden. Man muss sich dann schon einmal überlegen, könnte man nicht alle zwei, Maximum drei

Jahre den Einwohnerrat informieren, wie sich dieses Konto entwickelt, damit man den Leuten die sagen, ihr zieht Gebühren auf Vorrat ein, aufzeigen kann, für was das Geld benötigt wird. Nicht, dass man diese Gebühren jetzt für die nächsten 10 Jahre weiterlaufen lässt, sondern, dass man diese auch von Zeit zu Zeit wieder hinterfragt und die verantwortlichen Organe auch informiert, wie der Stand ist. Er persönlich ist froh, wenn man mit diesen Kassen auf der guten Seite steht. Er hat lieber ein paar tausend oder zehntausend Franken zu viel drin als dass man dann auf die Steuergelder der Stadt zurückgreifen muss, wenn man dringend Geld braucht z.B. bei der Kläranlage.
Die Fraktion möchte die Vorlage wie besprochen so überweisen, möchte den Fokus aber ganz klar darauf halten, dass man die Wasser- und Abwassertarife periodisch immer wieder anschauen darf und je nach Geschäft wieder einmal die Grundsatzdiskussion geführt wird, wie diese Aufteilung sein soll. Von Seiten der Pro Stein aber ein klares ja zur Überweisung dieses Antrages.

Arthur Cantieni, SP, erklärt die SP-Fraktion stehe dieser Vorlage sehr positiv gegenüber. Wenn der Stadtrat schon schreibt, das Wasser sei die wichtigste Ressource der Gemeinde, dann ist es sicher auch richtig, wenn man hier zu dem Werk schaut, laufend investiert und für den nötigen Unterhalt sorgt. Das im finanziellen Teil der Stadtrat die auslaufende kantonale Subvention für Löschwasser-Versorgung noch ausnützen möchte, kann man als löblich bezeichnen. Dadurch wird allerdings die Finanzierung des Ganzen in einen engen Zeitraum gedrängt und das macht es notwendig, dass die Gebühr für das Wasser erhöht wird. Die Fraktion steht dem Vorschlag der Stadt 50/50, kostenneutral für den Bürger, positiv gegenüber und man sollte jetzt im Zusammenhang mit dieser Vorlage nicht eine grundsätzliche Diskussion führen über Grundpreis/Arbeitspreis usw. Man sollte zuerst schauen, wie sich die finanzielle Situation in diesem Bereich in den nächsten Jahren entwickelt und dann kann man sicher wieder darüber diskutieren. Was wir noch kritisieren, aber nichts mit dem Stadtrat zu tun hat, ist die Abschreibungsdauer. Es ist natürlich im Grunde genommen unsinnig, wenn man sagt, die Werke haben eine Lebensdauer von 60 - 80 Jahre und das Gemeindegesetz schreibt dann vor, dass die Abschreibungsdauer 25 Jahre beträgt. Es wäre besser, wenn man mal das Ganze der Lebensdauer der Werke anpasst und nicht so ein stures Gesetz macht, dass den Gemeinden sagt, 25 Jahre oder 10 Jahre und dann Schluss. Wir werden selbstverständlich diesen 25 Jahren, es geht ja nicht anders, zustimmen. Die SP-Fraktion wird dieser Vorlage zustimmen, sie finden sie sehr gut und sehr gut begründet, eine erfreuliche Vorlage.

Werner Käser, FDP, und die restliche bürgerliche Fraktion ist erfreut, dass der Stadtrat für Unterhalt und Erneuerung der Wasserversorgung ein langfristiges Konzept vorlegt, welches klar Prioritäten setzt und bereits die zu erwartenden Kosten berechnet oder, bei den ferneren Projekten, zumindest schätzt. Zu jeder Zeit ausreichend und qualitativ hochstehendes Trinkwasser zu haben, ist wichtig. Wir investieren nicht nur, um möglichst viel Geld beim Kanton abzuholen, wir investieren auch um eine gut funktionierende Wasserversorgung zu haben. Wir sind deshalb bereit, die dafür notwendigen, nicht unerheblichen, finanziellen Mittel bereit zu stellen. Da die Subventionen des Kantons in wenigen Jahren auslaufen, sind wir mit den Projekten und deren Ausführung etwas unter Zeitdruck. Es scheint uns deshalb richtig, dass der Stadtrat vorwärts machen will und die entsprechende Vorlage jetzt in den Einwohnerrat bringt. Wir sind uns allerdings auch bewusst, dass die Wasserversorgung im Jahr 2020 nicht ein für alle Mal abgeschlossen sein wird, sondern eine Daueraufgabe der öffentlichen Hand bleibt, mit oder ohne Subventionen des Kantons.

Gerade deshalb ist es wichtig, die Finanzierung auf eine solide Basis zu stellen. Die Werkkommission hat sorgfältig abgewogen, wie die notwendigen Gelder bereitgestellt werden können, ohne den Bürger zusätzlich zu belasten. Derzeit ist der Erneuerungsfonds für die Abwasseranlagen reichlich gefüllt, während derjenige für die Wasserversorgung bald eine Unterdeckung aufweisen wird. Diesem Ungleichgewicht wollen wir begegnen, indem wir den Tarif für das Wasser um 50 Rappen pro m³ erhöhen, gleichzeitig die Gebühren für die Abwasserentsorgung um 50 Rappen pro m³ senken. Dieser Tarifabtausch bewirkt, dass die Gebühren dorthin fliessen, wo sie wirklich gebraucht werden. Für unsere Bürger, genauer gesagt für 99% von ihnen, wirkt sich dieser Abtausch kostenneutral aus. Wir machen mit diesem Abtausch zudem einen Schritt in die richtige Richtung, nämlich einem ausgewogenerem Verhältnis von Grundpreis zu Arbeitspreis, wie ihn das Bundesgericht jüngst in einem wegweisenden Urteil verlangt hat.
Bei der Basis für die Berechnung der Wassergebühren ortet die bürgerliche Fraktion Handlungsbedarf, denn die heutige Grundlage, dass der Grundpreis vom Gebäudeversicherungswert abhängig ist, scheint uns investitionsfeindlich und motiviert nicht zum Sparen. Die hier notwendige Korrektur ist aber nicht der Teil dieser Vorlage und wird zu einem späteren Zeitpunkt thematisiert werden.
Die Überlegungen der Geschäftsprüfungskommission sind in der bürgerlichen Fraktion auch diskutiert worden. Die GPK hat ja angeregt, man könnte diesen Wandel auch erst im Jahr 2018 machen. Eine Verschiebung des Tarifabtauschs auf 2018 hätte aber gravierende finanzielle Folgen und ist unseres Erachtens deshalb nicht sinnvoll.
Aus all diesen Erwägungen empfiehlt die bürgerliche Fraktion, auf die Vorlage einzutreten.

Urs Weibel, SP, möchte als Mitglied noch einige Überlegungen der GPK erläutern. Die GPK hat das Geschäfts erhalten, überprüft und ihre Überlegungen auch dem Stadtrat mitgeteilt und dies wurde auch mit der Werkskommission diskutiert. Die GPK setzt ein Fragezeichen hinter die Planungsgenauigkeit. Im Geschäft stehen teilweise grobe Kostenschätzungen mit +/- 20% d.h. bei Fr. 12 Mio. ist die Spannbreite Fr. 10 - 15 Mio. Ein grosser Bereich der Vorlage ist nur eine ganz grobe Kostenschätzung, bei der es erst bei den Vorprojekten genauere Angaben geben wird. Es gibt auch noch kleinere Elemente, bei denen die GPK der Meinung ist, dass diese zu wenig berücksichtigt worden sind. Primär ist es die Ungenauigkeit bei der Planung. Jetzt ist eine Anpassung der Gebühren mit diesen 50/50 vorgesehen und die GPK ist nicht sicher, ob da dann schlussendlich mit den Kosten, so wie die Prognosen sind, Schritt gehalten werden kann. Nur schon wenn man den Finanzplan und den aktuellen Plan anschaut, gibt es bereits wieder gravierende Abweichungen bei der zeitlichen Etappierung und bei den geplanten Investitionen. Gleichzeitig wäre auch hier noch die Frage, wo stehen wir in diesem Jahr bei den geplanten Investitionen und mit dem Überhang aus den Vorjahren. Dies ist der eine Punkt Planungsgenauigkeit.
Der zweite Punkt ist das ambitionierte Vorhaben innerhalb eines engen Zeitraums. Es herrscht ein grosser Zeitdruck, dieses Wort wurde heute in diesem Zusammenhang schon mehrmals gebraucht. Die Frage ist, haben wir auch die Kapazität, die Ressourcen, nicht nur finanziell, sondern auch personell, um diesem Projekt die nötige Aufmerksamkeit zu geben, damit auch dieser ambitionierte Zeitplan eingehalten werden und man diese Investitionen so aufgleisen kann, dass diese Subventionen abgeholt werden können. Die GPK hat in den vergangenen Jahren immer Druck gemacht, dass in diesem Bereich vorwärts gemacht wird und diese Gelder abgeholt werden können. Sie sind jetzt etwas besorgt, ob der Stadtrat wirklich die nötige Kapazität hat. Wahrscheinlich wird man externe Personen benötigen, die das ganze Projekt so weit aufgleisen, dass man dies im Zeitplan abschliessen kann. Die GPK glaubt nicht, dass es ge-

nügt alle 2 - 3 Jahre eine Information zu liefern, wo man mit dem Vorhaben steht, in diesem Projekt braucht es ein wirklich gutes Controlling, quasi was sind die effektiven Kosten in der Detailplanung, was sind die Kosten die abgerechnet wurden, was hat das für Auswirkungen auf den Ausgleichsfonds. Dies muss eine rollende Planung, ein rollendes Controlling sein mit einer sehr grossen Gewissenhaftigkeit, da das Projekt sehr grosse Auswirkungen hat. Die GPK ist der Meinung, dass darauf ein sehr grosses Augenmerk gerichtet werden muss. Die GPK wird von ihrer Seite her die Verantwortung sicher wahrnehmen.
Der letzte Punkt, der zu reden gab, ist der sehr hohe Saldo beim Abwasser. Die Kläranlage ist schon mehrmals angesprochen worden und es steht auch in der Vorlage des Stadtrates, Seite 4, dass vom Stadtrat her aus heutiger Sicht keine Notwendigkeit besteht zur Vorfinanzierung von allfälligen Investitionsbeiträgen für den Ausbau der Kläranlage. Also sind das Gebühren auf Vorrat.
Das sind die grundsätzlichen Überlegungen, die die GPK zu dieser Vorlage angestellt hat und so einerseits dem Stadtrat weitergegeben hat und somit auch mündlich noch dem Einwohnerrat.
Werner Schmid, FDP, kann sich als GPK-Mitglieder den Ausführungen von Urs Weibel nur anschliessen. Er wünscht sich, dass die Ausführungen der GPK entsprechend entgegengenommen werden.
Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, dankt den Vorrednern und betont, dass es auch für ihn sehr wichtig ist, dass die personellen Ressourcen bei einem so grossen Projekt vorhanden sind, um ein solches grosses Projekt voranzutreiben.

Eintreten auf die Vorlage ist einstimmig.

Detailberatung

Seite 4
Werner Schmid, FDP, möchte wissen, wie es mit einem Ausbau der Kläranlage auch im Zusammenhang mit der Biologie aussieht. Ob der Stadtrat sich dazu schon äussern kann, was kommt da auf Stein am Rhein zu.
Beat Hug, Baureferent, kann als Mitglied des Bau- und Betriebsausschusses dazu Auskunft geben. Es ist noch gar nichts klar, sie wissen nur, dass etwas gemacht werden muss. Es gibt verschiedene Möglichkeiten; wird das bei unserer Kläranlage gemacht oder schliessen wir uns evtl. sogar in Ramsen an? Ist dies überhaupt möglich, könnte man sich einkaufen, wie viel würde das kosten. Diese Berechnungen müssen alle gemacht werden Das ist momentan alles im Fluss. Zu der Finanzierung gibt es auch verschiedene Modelle. Beim Bau der Kläranlage haben die Gemeinden Geld eingeschossen, um die Kläranlage zu bauen. Darum wurde dieses Konto auch massiv erhöht, damit man auf dem Erneuerungskonto immer genug Geld hat, falls man wieder Geld einschiessen müsste. Es ist aber gut möglich, dass man sagt, ein Teil wird so eingeschossen und ein Teil wird fremdfinanziert. Dies wird dann verzinst und abgeschrieben über den Verband, wo alle Gemeinden ihren Anteil leisten aufgrund der Berechnungen der Einwohnerzahlen. Dies ist noch alles offen und deshalb kann man noch keine grossen Aussagen machen, wie das dann organisatorisch und kostenmässig aussehen wird.
Rolf Oster, SP, möchte wissen, ob es schon Entwicklungen gibt, ob es andere Reinigungsarten gibt, die einfliessen müssen. Hat man da bereits eine Idee oder bleibt alles beim Alten, wird sich da irgendetwas ändern.
George Berner, parteilos, hat sich informiert, was auf die Stadt zukommt. Der Bundesrat hat im April ein neues Gewässerschutz-Gesetz in die Vernehmlassung geschickt,

dass dann irgendwann einmal gültig ist. Darin geht es auch um die Mikro-Grundreinigung, bei der Antibiotika etc. in Zukunft hinausgefiltert werden müssen. Man hat flächendeckend Tests durchgeführt und festgestellt, dass die Fliessgewässer konkubiniert sind mit 52 verschiedenen Stoffen und diese sind bereits in kleinen Einheiten für die Fische ungesund, für die Fortpflanzung etc.. Also da kommen Sachen auf Stein am Rhein zu und das neue Gewässerschutz-Gesetz wird uns irgendwann betreffen. Wann es bei uns ankommt ist eine andere Frage. Was einfach wichtig ist, darüber hat er sich bei der GPK informiert, wenn das Gesetz dann auf dem Tisch liegt, haben wir eine andere Grundlage, dann kann es auch in den Finanzplan einfliessen. Da wird man technologisch aufrüsten müssen und da werden grosse Kosten auf uns zukommen.
Beat Hug, Baureferent, erklärt, die Kläranlage sei ja ein Verband. Es gibt mehrere Gemeinden und es gibt Fachberater. Es sind zwei Kantone involviert, die ihre Spezialisten jeweils auch schicken, die Kantone Thurgau und Schaffhausen, die sind Mitglieder, die auch im Betriebs- und Bauausschuss vertreten sind. Das momentane Problem, das bekannt ist, ist die Biologie. Diejenige, die wir haben, funktioniert einwandfrei, aber momentan fährt man nur einspurig, d.h. wenn mit dieser Biologie einmal etwa ist, läuft alles einfach in den Rhein hinaus. Das darf man zukünftig nicht mehr, dazu gibt es eine Übergangsfrist, d.h. man muss künftig auf 2 Bahnen fahren, dass wenn die eine ausfällt, die andere noch funktioniert. Das weiss man, dass das auf den Verband zukommt und deshalb macht man jetzt auch diese Abklärungen. Soll man wirklich eine 2. Biologie-Strasse fahren, also selber bauen oder lässt man die Kläranlage eingehen, was hat man für andere Optionen etc.. Dies ist momentan alles im Fluss.
Franz Marty, CVP, möchte wissen, wie prioritär diese Diskussionen mit der Kläranlage Hegau durchgeführt wird. Denn diese haben das gleiche Problem, brauchen aber grundsätzlich auch noch mehr Volumen. Das wäre seines Erachtens die erste Priorität, dass man mit diesen diskutieren müsste. Mit dem neuen Gewässerschutz-Gesetz und den Anforderungen ist er der Meinung, dass Stein am Rhein auch nicht den Platz für diesen Ausbau hat.
Beat Hug, Baureferent, antwortet, dies sei alles bekannt und es sei die erste Priorität, mit dem Klärverband Hegau zu verhandeln. Ist eine Zusammenarbeit überhaupt möglich, was würde es kosten, ist es günstiger und dann kann man weiter schauen.
Guido Lengwiler, Pro Stein, ist auch im Ausschuss dieser Gemeinden und was ihn freut ist, dass Beat Hug jetzt als Vertreter des Stadtrats im Betriebsausschuss ist. Wie das nachher aussieht, ob das die neue Stadtpräsidentin wieder übernehmen muss, weiss er nicht, spielt im Moment noch keine Rolle. Wichtig ist, dass der Betriebsausschuss darüber diskutiert, auch über einen Zusammenschluss mit Ramsen. Man muss sich einfach bewusst sein, von Hemishofen her sind es noch ca. 3 km Leitungen und dann ist man bei dieser Kläranlage. Und bevor ein grosser Brocken auf Stein am Rhein zukommt, Stein am Rhein kann an dieser Lage auch etwas Anderes machen, als Klärschlamm bis ins Jahr 3000 säubern, findet er es gut, dass das diskutiert wird, dass darüber nachgedacht wird. Das war früher bei Franz Hostettmann eher ein Tabu-Thema gewesen. Jetzt ist es offen, es läuft in die richtige Richtung.
Beat Hug, Baureferent, möchte nur noch anmerken, Stein am Rhein sei eine Standortgemeinde und deshalb hätten sie auch zwei Sitze im Bau- und Betriebsausschuss. Also wird sicher noch ein Stadtrat zusätzlich in den Ausschuss hineinkommen.
Stephan Brügel, Stadtschreiber, ergänzt, dass es korrekterweise so sei, dass die Stadtpräsidentin von Amtes wegen Präsidentin vom Zweckverband ist wie vom Entsorgungsverband auch. Dies legen so die Statuten fest.

<u>Kostenberechnungen</u>

Urs Weibel, SP, möchte wissen, wie man aktuell im Sanierungsplan steht. Man habe in der Rechnung 2011 diverse Investitionen nicht realisiert, die schlussendlich in diesem Jahr realisiert werden sollten. Wie steht man da aktuell, sind die einzelnen Vorhaben auf Kurs?
Ernst Böhni, Werkreferent, erklärt, einzig nicht auf Kurs sei man bei der Pumpinstallation mit den Bohrungen. Die Leitung ist gelegt, das ist alles schon vorbereitet. Burgacker ist auch im Kurs, im Herbst wird eine Vorlage Schwemmgraben kommen, die hoffentlich direkt durch den Einwohnerrat genehmigt werden kann. Es verzögert immer alles etwas, wenn die Vorlage noch vor das Volk muss, aber dies ist natürlich richtig bei solchen Mengen von Geld. Die Kommission hat das alles im Griff. Es wurde vorher schon angetönt, ob diese Arbeit überhaupt bewältigt werden kann und sie haben sich darüber auch schon Gedanken gemacht. Sie haben bei praktisch allen Grossprojekten einen Bauherrenvertreter, der die Aufsicht hat und koordiniert wie auch schon von der GPK gefordert, dies in Zusammenarbeit mit dem Stadtschreiber. Das Pumpgebäude wird gemacht sobald abgeerntet worden ist und sie hoffen, dass sie dann auch den entsprechenden Erfolg haben. Eine Verzögerung bei den Pumpsachen ist entstanden, weil der Ingenieur bei den Pumpstandorten alte Zahlen genommen hat und dann hat jemand aus der Kommission gefragt, ob es überhaupt noch aktuell sei. Verändert hat sich sicher nichts, aber es gibt neue Messmethoden und dann hat man mit den neuesten Methoden nochmals neu gesucht. Aber jetzt ist man sicher, dass man das tiefste und beste Wasser bekommt.
Zu den Bemerkungen von Urs Weibel möchte er anmerken, dass sie sich natürlich bewusst sind, dass eine riesige Belastung auf sie zukommt.
Urs Weibel, SP, möchte wissen, ob der Bauherrenvertreter nur für die grossen Projekte innerhalb der Vorlage zur Verfügung steht.
Ernst Böhni, Werkreferent, präzisiert, dass der Bauherrenvertreter für die gesamte Vorlage zuständig ist.
Stephan Brügel, Stadtschreiber, präzisiert, dass die Aufträge einzeln vergeben werden, aber es betrifft die ganze Vorlage.

Zu den Kostenberechnungen und den Plänen werden keine weiteren Fragen gestellt.

Beschluss:

1. **Der Sanierungsplan 2012 - 2020 für die Wasserversorgung, die Abwasserentsorgung und den Strassenbau wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**
2. **Den Arbeitspreis der Wasserversorgung gemäss Ziffer 8 der Tarifordnung des Wasserabgabereglements um Fr. 0.50 pro Kubikmeter auf neu Fr. 1.20 pro Kubikmeter Wasser zu erhöhen, wird mit 12 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.**
3. **Die Mengengebühr für das Abwasser gemäss dem Anhang zur Verordnung über die Abwassergebühren um Fr. 0.50 pro Kubikmeter auf neu Fr. 1.50 pro Kubikmeter zu senken, wird mit 12 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.**
4. **Die Tarifanpassungen gemäss Ziffer 2. und 3. per 1. Oktober 2012 in Kraft treten zu lassen, wird mit 12 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.**

Mitteilung an:
Werkreferent
Stadtschreiber
Zentralverwaltung
Stadtratskanzlei
Ablage

PERSONAL, Schulen **06.20.**

5. Definitive Einführung von Schulleitungen an den Schulen Stein am Rhein: Anpassung des Stellenplans

Heidi Schilling, Finanzreferentin, erläutert die Vorlage. Im Jahr 1999 startete die Schule Stein am Rhein mit dem Schulversuch teilautonom geleitete Schule. 2004, 2005 und 2008 befasste sich der Einwohnerrat mit den Vorlagen geleitete Schulen, im 2008 konnte auch die Bevölkerung darüber befinden. Heute beantragt der Stadtrat dem Einwohnerrat nun die definitive Einführung von Schulleitungen an der Primarschule und an der Orientierungsschule. Grund für diese Vorlage ist, dass das Stimmvolk die kantonale Vorlage zur flächendeckenden Einführung von geleiteten Schulen am 11. März 2012 abgelehnt hat. Der Stadtrat, die Schulbehörde und alle an der Schule beteiligten Personen sind natürlich erfreut, dass, trotz des kantonalen Neins, der Ja-Stimmenanteil mit 63,2% für Stein am Rhein sehr positiv ausgefallen ist. Dieses Resultat zeigt, dass die Bevölkerung mit der Arbeit unserer Schulleitungen sehr zufrieden ist. Der Stadtrat und die Schulbehörde haben im April und Mai dieses Jahres umgehend die Abklärungen aufgenommen für eine lokale Lösung und eine Vorlage erarbeitet. Die Zeit war knapp und ich entschuldige mich schon jetzt für die Fehler, die sich in der Vorlage eingeschlichen haben. Ich werde im Detail auf die Ungereimtheiten eingehen. Aufgrund des Zeitdrucks konnte auch nicht vorgängig eine Sitzung der Stellenplankommission einberufen werden. Da aber die Schulleitungsaufgabe keine neue Situation für Stein bedeutet, erachtet dies der Stadtrat als verantwortbar. Im Kanton Schaffhausen wird es auch in Zukunft verschiedene Formen geben, wie eine Schule geführt wird. Eine Schule kann mit einer Vorsteherschaft arbeiten, mit einem Rektorat oder mit einer Schulleitung. Wie sie auch immer organisiert ist, die Schule orientiert sich in jedem Fall am geltenden Schulrecht.
Über die Vorteile einer geleiteten Schule wurde schon viel diskutiert. Die Schulbehörde kann sich der strategischen Aufgabe widmen und wird vom operativen Teil weitgehend entlastet. Die Hauptaufgaben der Schulbehörde umfassen die Genehmigung von Schul- und Jahresprogrammen, schulische Konzepte, sie legt die Entwicklungsziele und die Rahmenbedingungen fest. Die Sicherstellung von Kontakt, Nähe und Einblick in die Schule gehört ebenfalls zum Auftrag der Behörde. Sie ist Rekurs- und Kontrollinstanz und trägt die Verantwortung der Personalführung. Der Schulpräsident oder die Schulpräsidentin leitet die monatliche Schulleitungskonferenz.
Die Schulleitung ist verantwortlich für die operative Führung der Schule, sowohl im pädagogischen, im personellen, im organisatorischen, im administrativen wie auch im finanziellen Bereich. Sie fördert die Zusammenarbeit, die Kommunikation, sorgt für Schulentwicklung, für Qualitätssicherung und für interne Weiterbildung. Als Anlaufstelle ist sie das Bindeglied zwischen Schulen, Eltern und Behörden. Sie macht Unterrichtsbesuche, gibt den Lehrpersonen Rückmeldungen, führt Standortgespräche und LQS Mitarbeitergespräche. Der Anteil Personalführung ist ein wesentlicher Bereich der Schulleitungsaufgabe. Die Personalverantwortung jedoch bleibt bei der Behörde. Anstellung und Kündigung von Lehrpersonen ist eine Behördenaufgabe. Die Anstellung von Schulleitungen wird in Zukunft in der Verantwortung des Stadtrates liegen. All diese erwähnten Aufgaben werden aber in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, mit Stadtrat, Schulbehörde und Schulleitung noch genau überprüft und allenfalls angepasst. Selbstverständlich finden diese Arbeiten im Rahmen der neuen Verwaltungsführung statt. Da der Stadtrat davon ausgegangen ist, dass Schulleitungen künftig kantonal geregelt sein

werden, war die Zeit in den zwei Monaten nicht vorhanden, solche Details auch noch vorgängig zu klären.

Pensum Schulleitung / Berechnungsmodus

Die Vorlage hinterlässt den Eindruck, dass bei den Aufgaben der Schulleitung der administrative Bereich übermässig bewertet wird. Aufgaben, die auch von einem Sekretariat geleistet werden könnten und so erst noch günstiger wären. Selbstverständlich gehört zur Vorlage auch der Anhang von Seite 7 bis 9 dazu, dort ist der genaue Stellenbeschrieb für die Schulleitung aufgelistet. Die Schulbehörde und der Stadtrat haben die Frage nach einem Schulsekretariat eingehend besprochen und sind zum Schluss gekommen, dass es zum jetzigen Zeitpunkt nicht nötig ist, ein Sekretariat einzurichten. Viel wichtiger ist das Pensum der Schulleitung. Die Fülle der Führungsaufgaben der Schulleitung verlangt ein entsprechendes Arbeitspensum. In der Vorlage ist ein Pensum von 85% für die Primarschulleitung vorgesehen und ein 50% Pensum für die Leitung der Orientierungsschule. Die alte, aktuelle Pensenberechnung ist von der Anzahl Klassen ausgegangen und der Kanton hat zusätzlich Poollektionen bewilligt. Zusammen mit einer Funktionszulage sind die Schulleitungen auf ein Pensum gekommen, welches immer wieder angepasst werden musste. Eine Klasse mehr, eine Klasse weniger hat jedes Mal zu einer Anpassung des Pensums geführt.
Der Berechnungsmodus ändert sich jetzt mit dieser Vorlage. Das neue Berechnungssystem für die Schulleitung ist gestützt auf die Empfehlung des Kantons und richtet sich nach der Anzahl Schüler. Der Stadtrat und die Schulbehörde empfehlen dem Einwohnerrat nun die Festsetzung der Pensen auf 85% bei der Primarschule und auf 50% bei der Orientierungsschule mit der Begründung, dass zahlreiche Grundaufgaben gegeben sind unabhängig, ob jetzt 100 oder 120 Schüler an der Schule sind. Die Präsenz der Schulleitung soll gewährleistet sein, die Erfüllung der Führungsaufgabe ist nur möglich mit einem angemessenen Grundpensum. Wird das Schulleitungspensum über Jahre zu knapp bemessen, führt dies zur Überbelastung und Unzufriedenheit und somit zu unnötigem Personalwechsel und Erhöhung der Kosten am falschen Ort. Gute Arbeit soll auch honoriert werden. Die gemachten Erfahrungen der letzten 12 Jahren mit Schulleitungen haben zu dieser Einstufung des Pensums geführt. Die Meinung ist auch, dass das Pensum nicht mehr laufend ändert.

Kosten

Der Kanton richtet keine Beiträge mehr aus an die Schulleitung. Die Schulleiterin und der Schulleiter werden zu Verwaltungsangestellten, die Kosten gehen vollumfänglich zu Lasten der Stadt. Der Stadtrat orientiert sich bei den Löhnen an der Empfehlung des Kantons. Das kantonale Lohnband 11 ist vergleichbar mit unseren Lohnklassen 20-22. In der Vorlage ist auf Seite 5 eine Einreihung zwischen dem Lohnband 21 und 23 aufgeführt, dies ist jedoch falsch. Der Lohn im Lohnband 20-22 ist korrekt. Dieser bewegt sich zwischen einem Minimum von Fr. 93'093.00 und einem Maximum von Fr. 144'963.00 pro Jahr. Dem Stadtrat ist es wichtig, dass die Löhne marktgerecht sind und dass die Besitzstandwahrung gegeben ist.
Die Schulbehörde und der Stadtrat haben auch über eventuelle Minderkosten diskutiert. Diese könnten im Bereich Schulbehörde vorgenommen werden. Mit der Abtretung von operativen Aufgaben an die Schulleitung hat sich die Belastung der Behördenmitglieder verändert. Mittels einer Verfassungsrevision könnte dies zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt werden.
Der Stadtrat und die Schulbehörde bitten den Einwohnerrat, den Stellenplan um die Position Schulleitung zu ergänzen, mit einem Gesamtpensum von 135 Stellenprozenten. Ebenfalls in den Antrag gehört die Ergänzung, dass die Lohneinstufung in der Lohnklasse 20-22 erfolgt. Es geht hier um einen Grundsatzentscheid, um ein Ja zu

Schulleitungen. Ich bitte den Einwohnerrat dem Stadtrat zu vertrauen, dass die nötigen Details bis Ende 2012 geklärt sein werden.
Im Namen des Stadtrates danke ich dem Einwohnerrat für die Zustimmung. Ebenfalls danke ich der Verwaltung und dem Schulpräsidenten für die wertvolle Arbeit bei der Vorlage.

Eintretensdebatte

Käthi Rietmann, Pro Stein, weist darauf hin, dass die Schule Stein am Rhein seit 12 Jahren wertvolle Erfahrungen mit dem TAGS-Schulversuche gesammelt hat. Leider lehnte das Schaffhauser Stimmvolk, im Gegensatz zu der Steiner Bevölkerung, die Teilrevision des Schulgesetzes am 11. März 2012 ab. Die Schaffhauser Stimmbürger waren sich wahrscheinlich nicht bewusst, wie umfangreich heute das Pflichtenheft einer Schulorganisation ist. Wie wichtig die Entflechtung von operativen und strategischen Aufgaben ist. Die Schulleitung entlastet die Lehrpersonen, diese können sich so auf ihre Kernkompetenz konzentrieren. Lehrpersonen ziehen geleitete Schulen ungeleiteten Schulen vor, was für Stein am Rhein ein Standortvorteil ist, welcher bei der heutigen Lehrerknappheit wichtig ist. Packen wir die Chance, führen wir weiter was sich 12 Jahre lang bewährt hat.

Ruedi Vetterli, parteilos, nimmt im Namen der SP-Fraktion Stellung. Wir entscheiden uns heute, ob wir weiterhin Schulleitungen haben werden oder nicht. In Stein am Rhein sind eine deutliche Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger überzeugt davon, dass Schulleitungen sinnvoll und nötig sind. Das hat diese Abstimmung gezeigt. Das einfach deshalb, weil sich die Schulleitungen in Stein am Rhein sehr bewährt haben. Und das offensichtlich nicht nur für die Lehrpersonen oder die Schulbehörde.
Ich verzichte darauf, die beschriebenen Vorteile noch einmal alle zu wiederholen. Ich möchte nur die Dinge erwähnen, die mir besonders wichtig erscheinen.

- einfachere Trennung von operativer und strategischer Ebene , wenn die Schulbehörde vom Alltagsgeschäft entlastet ist
- kürzere und vor allem auch schnellere Entscheidungswege bei vielen Themen
- Entlastung der Schulbehörde
- einfacher, Lehrerstellen zu besetzen, weil alle Lehrpersonen (ausser SH und AI) die Vorteile von Schulleitungen kennen und sie schätzen.

Das alles kommt am Schluss, und um das geht es ja eigentlich, den Schülern zu Gute.
Wir werden also der definitiven Einführung von Schulleitungen zustimmen, bzw. der Ergänzung im Stellenplan, ebenfalls dem Pensum von 135 Stellenprozenten.
Allerdings sind bei uns auch Fragen und Anregungen aufgetaucht. Mit der beschlossenen Verwaltungsreform hat sich der Einwohnerrat für klare Zuständigkeiten und Strukturen in der Verwaltung ausgesprochen. Mit der vorgeschlagenen Organisation der Schulleitungen wird dieser Grundsatz bereits wieder durchbrochen bzw. verwässert. Die Zustimmung zu den Schulleitungen beinhaltet deshalb die klare Erwartung, dass Organisation und Aufgaben der Schulleitungen durch den Stadtrat nochmals, wie versprochen, sorgfältig überprüft und definiert werden und dies in Zusammenarbeit mit den Schulleitern, der Schulbehörde und der Verwaltung unter dem Aspekt einer gemeinsamen Organisationsstruktur.
Schulleiter waren bisher als Lehrkräfte angestellt, künftig sind das Verwaltungsangestellte. Wie Heidi Schilling erwähnt hatte, untersteht die Schulleitung künftig dem Stadtrat und wird auch von diesem angestellt, natürlich mit Miteinbezug der Schulbehörde, das ist selbstverständlich. Schulleitung wird zur städtischen Aufgabe. Diese Aufgabe muss dementsprechend in die Verwaltungsorganisation integriert werden, dadurch ent-

steht die notwendige klare Organisationsstruktur. Mit der jetzigen Organisation hätte man dann quasi wie zwei Verwaltungen, eine Parallelorganisation Schule und Verwaltung. Eine Anbindung der Schulleitungen an die Verwaltung führt zu zahlreichen Synergien, von denen alle profitieren können. Wir möchten nicht heutige Strukturen zementieren, sondern dass die Chance genutzt wird, die Strukturen der jetzigen Schulleitung zu hinterfragen und zu optimieren. Bisher gab es eine Schulleitung für die Primarschule/Kiga und eine Schulleitung für die Oberstufe, eine klare Aufteilung auf die Schulhäuser. Mit der Einführung von Schulleitungen als städtische Aufgabe entsteht eine neue Ausgangslage. Zahlreiche Aufgaben fallen an beiden Schulstufen an und können gemeinsam gelöst werden (durch die gleiche Person für beide Schulstufen), andere betreffen nur ein Schulhaus. Unter diesem Aspekt müssen auch die Aufgaben und Pflichtenhefte stufenübergreifend neu definiert werden, auch im Hinblick auf die beabsichtigte Zusammenarbeit im Schulbereich mit den Nachbargemeinden. Es ist uns bewusst, dass nicht alles bis ins Detail geregelt werden konnte, die Zeit hat gedrängt, man musste reagieren. Die offenen Fragen und Details zu regeln ist Sache des Stadtrates. Diese Erwartung möchten wir deponieren und wir sind sehr gespannt auf das Ergebnis. Wir werden auf den Antrag eintreten, aber mit der deutlichen Erwartung, dass die noch offenen Themen geklärt und bereinigt werden.

Ursula Knecht Käser, FDP, ist froh, dass die Steiner Einwohnerinnen und Einwohner sehen, dass Schulen geleitet werden müssen. Dass dies für die Lehrerinnen und Lehrer eine Entlastung ist, dass Schülerinnen und Schüler sowie auch Eltern eine Ansprechperson haben. Die Abfuhr vom Kanton hat nun dazu geführt, dass Stein am Rhein selber die Schulleitungen definitiv einführen muss oder natürlich darf.
Bei Schulen fragt man immer wieder, wieso müssen diese geleitet werden, bei Firmen ist dies klar. Dies ist einfach eine komische Einstellung. Wären die Schulleitungen eingeführt worden, hätten wir klare und einheitliche Vorgaben betreffend Schulleitungen gehabt. Man hätte die geregelte Finanzierung durch Kanton und Gemeinde. Schulleitungen, die einem Lohnband zugeordnet sind und eine gewisse Stellensicherheit bieten. Jetzt streitet man sich etwas, wie gross das Pensum sein soll, ist 85% richtig, ist 50% richtig. Bis jetzt wurde durch den Einwohnerrat und die Bevölkerung immer wieder ja gesagt zu den Schulleitungen und so konnte man diese implementieren und ich hoffe, dass dies auch heute Abend gelingt. Ich finde es schade, dass man bei der Vorlage die mannigfaltigen Aufgaben der Schulleitung nicht aufgezeigt hat, weiter hinten auf Seite 8/9 zeigt es sich dann. Das hat für sie das Bild gegeben, dass die Administration überwiegt und so ist es nicht. Die Schulleitungen haben mit Personen zu tun, können Lehrer entlasten, sind Ansprechperson für Schülerinnen und Schüler usw. Ein wichtiger Punkt möchte sie noch erwähnen und zwar im Zusammenhang mit diesen 50%. Schulleitungen unter 50% sind etwas sehr Schwieriges, denn es gibt eine Grundaufgabe und die ist für eine grosse wie auch für eine kleine Schule gleich. Diese muss erledigt werden können, man muss eine gewisse Anzahl Tage anwesend sein, da man eben eine Ansprechperson ist. Wenn man nicht anwesend ist, ist genau diese Leitung und Führung nicht gegeben. 50% ist vor allem in der Oberstufe ein Pensum, das ermöglicht zu sagen, ich bleibe auch einmal länger. Unter 50% kann es eine grössere Fluktuation geben und wie immer bei Fluktuationen, auch beim Lehrkörper, geht viel Wissen verloren. Das ist schade und das sollte man vermeiden, auch das verursacht jedes Mal wieder Kosten mit Ausschreibung etc. Deshalb findet ich es sehr wichtig, dass ein Minimal-Pensum von 50% in der Vorlage enthalten ist, ich spreche von der Oberstufe, weil dort der Sprung viel grösser ist als von den 81% auf die 85%.
Im Bereich Schulbehörde wird man überprüfen müssen, wie von Heidi Schilling bereits angesprochen, ob eine Reduktion gemacht werden kann, denn es hat Aufgaben, die

jetzt lohnwirksam an die Schulleitungen übergegangen sind. Dies braucht allerdings eine Verfassungsänderung, aber man sollte Hinterfragen, wie viele Leute es noch braucht, wie ist deren Entschädigung. Dies muss sorgfältig überprüft und den neuen Gegebenheiten angepasst werden.
Die bürgerliche Fraktion ist grossmehrheitlich für Eintreten und sie hofft, dass die Schulleitungen am Schluss definitiv eingeführt sind.

Franz Marty, CVP, möchte von Heidi Schilling wissen, welche Details es sind, die bis Ende Jahr noch geregelt werden müssen. Zudem ist die Vorlage für ihn keine genaue Vorlage. Es steht, dass wir uns einerseits an die Vorgaben des Kantons halten, dies sind aber keine Vorgaben sondern nur Empfehlungen. Die einzige Vorgabe, die der Kanton gibt, ist Art. 26 des Schulgesetzes, dass es Schulleiter gibt oder Vorsteher, mehr ist eigentlich nicht mehr vorgegeben. Man lehnt sich zum Teil an die Empfehlungen des Kantons, will dann aber eine Besitzstandwahrung, dies hat der Kanton im Dekret überhaupt nicht vorgesehen. Der Kanton hat eine Indexierung versehen, dass indexiert wird alle 2 Jahre, frühestens nach 2 Jahren, bei einer Abweichung von 5% der Schülerzahlen. Das findet er in der Vorlage nirgends.
Das grössere Problem findet er allerdings die finanzielle Besitzstandwahrung, die eigentlich so nicht stimmt. Wir geben jetzt aktuell in der Rechnung 2011 für beide Schulleitungen Fr. 132'510 aus, zuzüglich 20% Sozialkosten sind dies Fr. 159'000. Da spricht man von Besitzstandswahrung und definiert Fr. 156'000 plus Fr. 33'000 Sozialkosten, macht total Fr. 189'000 und ergibt Mehrkosten von Fr. 30'000. Vieles ist in dieser Vorlage nicht sauber geregelt und gerechnet und deshalb stellt er den Antrag, diese Vorlage zurückzuweisen. Die Stellenplankommission soll dies mit dem wieder vollständigen Stadtrat diskutieren. Um jemanden zu kündigen, ist man sowieso zu spät, dass kann frühestens im Januar geschehen, vorher passiert eh nichts. Es ist auch nicht so, dass man sich da an Budgetvorgaben gehalten hat, man hat das immer wieder zu spät bewilligt. Darum möchte er es beliebt machen, diese Vorlage zurückzuweisen an den Stadtrat, damit man das mit der Stellenplankommission diskutieren kann. Für ihn ist auch das Pensum nicht heilig, er meinte, man könnte auch von einer Schulleitung ausgehen mit 100% und mit Schulsekretariat, da wäre finanziell sicher auch etwas machbar.
Den Ja-Stimmen-Anteil bei der Volksabstimmung kann man natürlich auch anders interpretieren: dass, wenn die Schulleitungen vom Kanton eingeführt worden wären, man ein gutes Steuerprozent hätte sparen können. Er bittet deshalb, die Vorlage zurückzuweisen.

Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, hält fest, dass von Franz Marty ein Rückweisungsantrag zur Vorlage gemacht wurde.

Heidi Schilling, Finanzreferentin, möchte auf die Aussage eingehen, dass es nicht die Vorgaben vom Kanton seien. Dem ist tatsächlich so, aber dies ist jetzt etwas eine Wortklauberei. Man hat sich einfach daran gehalten, wie hätte der Kanton das gemacht. Das Lohnband 11, Lohnklasse 20-22, bzw. der Betrag zwischen diesen 93'000 und 145'000 ist einfach sehr realistisch. Man muss sich einfach bewusst sein, dies ist eine Kaderfunktion, dies ist eine grosse Verantwortung, die die Schulleitungen haben und dem Stadtrat ist das sehr viel wert. Sie möchten dann auch ganz faire Lohnverhandlungen führen mit den Schulleitungen und es ist extrem wichtig, dass sie im Sinne wie sie jetzt arbeiten auch weiter arbeiten. Deshalb nochmals, eine Besitzstandwahrung ist sehr, sehr wichtig. Zur Anpassung vom Pensum; es ist einfach eine Realität, dass eine Kaderfunktion nicht mit einem Pensum von 30% ausgeführt werden kann. Deshalb hat der

Kanton ja auch diese Poollektionen dazu genommen, weil der Kanton selber gewusst hat, eigentlich ist ja die Entschädigung nicht gerechtfertigt für diese Führungsaufgabe. Wenn man Vergleiche macht mit der Wirtschaft oder auch sonst in der Verwaltung, muss man sagen, es ist Zeit, dass man dies jetzt anpasst.
Franz Marty, CVP, erwidert, es sei nicht das Kriterium, wo die Schulleitung eingestuft werde, es sei einfach die Besitzstandwahrung, die nicht stimme.
Heidi Schilling, Finanzreferentin, weist darauf hin, dass diese Lohnverhandlungen noch gar nicht geführt worden sind. Die Schulleitungen sind einfach in diesem Bereich eingestuft und dann werden die Lohnverhandlungen geführt. Aber es kann nicht sein, dass sie am Schluss weniger verdienen als jetzt. Tendenziell braucht es eine Besserstellung. Über Jahre wurden sie als Lehrer eingestuft und das ist nicht richtig gewesen und dies ist jetzt die Gelegenheit, dies zu korrigieren. Sie werden fair, seriös und dem Aufwand entsprechend eingestuft werden.
Franz Marty, CVP, wendet ein, das ändere doch nichts. Das Problem sei, dass die Pensen erhöht worden seien. Das sei das Problem, das mache die Fr. 30'000 aus und dass der Mechanismus geändert worden sei und dass man es nie mehr nach unten anpassen wolle. Theoretisch sind die 135% auch gegeben, wenn man 30 Schüler weniger hat, hätte man einen Drittel mehr, würde es garantiert nach oben angepasst.
Heidi Schilling, Finanzreferentin, entgegnet, es sei nicht so, dass man nie mehr anpasse. Bei grösseren Veränderungen muss man das selbstverständlich wieder anschauen. Aber das, was bis jetzt passiert ist, eine Klasse rauf, eine Klasse runter mit dem Pensum, das hat Uschi Knecht selber erlebt, wie unangenehm das ist. Dies möchte man eigentlich vermeiden. 2 Schüler mehr, 2 Schüler weniger ergibt keine Veränderung beim Pensum. Bei grösseren Veränderungen selbstverständlich, muss man das wieder beurteilen.
Franz Marty, CVP, möchte daran erinnern, dass wenn das Volk die Vorlage angenommen hätte, dann wäre es so, wie Heidi Schilling gesagt hat.

Abstimmung Rückweisungsantrag
Der Rückweisungsantrag wird mit 1 Ja-Stimme zu 12 Nein-Stimmen abgelehnt.

Auf die Vorlage wird eingetreten.

Detailberatung

Seite 5
Franz Marty, CVP, möchte festhalten, dass man die Stellen um aktuell 7,7% erhöht, dies kostet Fr. 30'000 mehr.

Seite 7
Ruedi Vetterli, parteilos, weist auf einen Fehler hin, auch in Zusammenhang mit den Details, die noch geklärt werden müssen. Unter 2. Operative Führung steht „Anstellung und Kündigung von Schulleiter/-innen“, dies ist falsch und muss korrigiert werden.

Beschluss:

Der Antrag des Stadtrates, den Stellenplan der Stadt Stein am Rhein um die Position Schulleitung zu ergänzen und ein Gesamtpensum für Schulleitungen von 135 Stellenprozenten, bei einer Einstufung in den Lohnklassen 20-22 festzulegen, wird mit 12 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme genehmigt.

Antrag

Franz Marty, CVP, stellt den Antrag, dass man dieses Geschäft dem obligatorischen Referendum unterstellt.

Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, erklärt, dass es in der Kompetenz des Einwohnerrats liegt, dieses Geschäft dem Obligatorischen oder wohl eher Fakultativen Referendum zu unterstellen.

Urs Weibel, SP, erklärt, in Art. 22 der Verfassung stehe, dass Anpassungen im Stellenplan in der Kompetenz des Einwohnerrates liegen.

Abstimmung Antrag
Der Antrag von Franz Marty, die Vorlage „Definitive Einführung von Schulleitungen an den Schulen Stein am Rhein: Anpassung des Stellenplans“ dem Obligatorischen Referendum zu unterstellen, wird mit 1 Ja-Stimme zu 12 Nein-Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an:
Schulreferentin
Schulbehörde, Urs Kessler, Hohrainstrasse 35, 8260 Stein am Rhein
Zentralverwaltung
Stadtratskanzlei
Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

6. Volksmotion Moll, Erarbeiten eines Hafenreglements: Antrag auf Fristverlängerung bis 31.01.2013

Beat Hug, Baureferent, weist als erstes auf einen Fehler in der Vorlage hin: der Einwohnerrat hat die Motion am 04.11.2011 erheblich erklärt. Wie in der Vorlage geschrieben, existiert bereits ein erster Entwurf, aber die ganze Vernehmlassung konnte noch nicht stattfinden, da viele Geschäfte zu bearbeiten sind. Er möchte für das Verständnis danken, die Frist bis zum Januar 2013 zu verlängern, nicht auf Dezember, denn dann findet noch die Budgetbesprechung statt, die Frist wurde deshalb extra auf Januar 2013 verlegt.

Käthi Rietmann, Pro Stein, weiss, dass der Stadtrat einen Berg von Geschäften zu bearbeiten hat. Es ist aber wichtig, dass dieses Reglement kommt. Die Bootsplätze sind teilweise in einem schlimmen Zustand. Pro Stein schlägt vor, einer Fristverlängerung zuzustimmen, sehen aber den Termin eher bis am 14. Dezember 2012, damit das Hafenreglement oben auf dem Pendenzenberg liegen bleibt.

Antrag
Käthi Rietmann, Pro Stein, stellt den Antrag, dass die Frist nur bis zum 14.12.2012 verlängert wird.

Ruedi Vetterli, parteilos, erinnert daran, dass der Einwohnerrat die Volksmotion von Heinz Moll und Mitunterzeichner mit einer deutlichen Mehrheit für erheblich erklärt hat. Der bestehende Unmut mit der jetzigen Situation ist gross genug, dass diese Volksmotion zügig umgesetzt werden sollte.

Genauso ist es aber auch offensichtlich, dass in letzter Zeit viel Zusätzliches auf den Stadtrat und die Stadtverwaltung zugekommen ist und das wird auch noch eine Zeit lang so bleiben. Wir sind sehr daran interessiert, dass die Umsetzung gründlich und unter Beachtung aller Aspekte umgesetzt wird. Aus diesem Grund werden wir dem Antrag um Fristverlängerung zustimmen. Lieber genug Zeit, dafür wird es breit abgestützt, gut und „verhebbet“ denn auch. Wir werden dieser Fristverlängerung nicht zuletzt auch deshalb zustimmen, weil die neue Frist nicht in weiter Ferne, sondern in 7 Monaten ist. Das ist im Hinblick auf die aktuelle Situation schon ambitiös genug.
Die SP-Fraktion möchte sich an dieser Stelle bei Heinz Moll und den Mitunterzeichnern bedanken. Sie haben ein Bedürfnis der Bevölkerung wahrgenommen, gehandelt und etwas ins Rollen gebracht.

Werner Käser, FDP, betont, dass sich die bürgerliche Fraktion durchaus bewusst ist, dass in diesem Jahr der politischen Umbrüche Prioritäten gesetzt werden mussten und sie können auch damit leben, dass die Volksmotion für ein Hafenreglement nicht zu alleroberst auf der Prioritätenliste steht. Gleichwohl sind sie nicht begeistert, wenn Aufträge des Einwohnerrates, und die Überweisung der Volksmotion Moll am 04.11.2011 war ein solcher, vom Stadtrat nicht innert der vorgesehenen Frist erfüllt werden. Dies gilt übrigens unabhängig von ihrer eigenen Ansicht zum einzelnen Geschäft.
Die Erarbeitung eines Hafenreglements ist ihrer Ansicht nach keine unlösbare Aufgabe. Es gibt dafür Muster-Reglemente anderer Gemeinden und der Motionär hat selber einen sehr ausführlichen Vorschlag ausgearbeitet. Aus diesen verschiedenen Vorlagen diejenigen Punkte herauszufiltern, welche für Stein am Rhein wichtig sind und daraus eine schlanke Hafenordnung zu kreieren, allenfalls auch unter Mitwirkung der interessierten Verbände, sollte wenigstens innerhalb eines Jahres möglich sein.
Die bürgerliche Fraktion wird deshalb einer Fristverlängerung nicht Widerstand leisten, wenn aber ein Antrag kommt, diese Frist kürzer zu fassen, wären sie auch einverstanden.

Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, möchte zum Antrag von Käthi Rietmann einfach noch daran erinnern, dass ein Wahljahr ist und die Zusammensetzung des Einwohnerrates am 31.01.2013 ganz anders aussehen wird. Deshalb wäre er persönlich der Meinung, dass er gerne auch noch dabei wäre, wenn über dieses Reglement gesprochen wird.

Abstimmung

Der Antrag Käthi Rietmann, die Fristverlängerung für die Volksmotion Moll auf den 14.12.2012 zu verkürzen erhält 12 Ja- Stimmen.

Der Antrag des Stadtrats, die Frist für die Volksmotion Moll bis zum 31.01.2013 zu verlängern erhält 1 Ja-Stimme.

Beschluss:

Der Einwohnerrat genehmigt die Fristverlängerung für die Behandlung der Volksmotion Moll bis zum 14. Dezember 2012.

Georg Berner, parteilos, möchte wissen, wo sich Interessenten für die Bildung einer Hafenkommission melden können, nicht dass dann im Dezember das Geschäft nicht gefällt und man dann noch eine Hafenkommission bilden muss. Er befürchtet, dass der nächste Sommer kommt und man immer noch ohne Hafenreglement dasteht. Er möch-

te einfach beliebt machen, dass auch der Stadtrat dem Einwohnerrat entgegenkommt, so wie es bereits Werner Käser gesagt hat.

Franz Marty, CVP, weist darauf hin, dass der Regierungsrat die Vernehmlassung des Richtplanes verlängert hat. Man kann bis 7. Juli unter anderem auch Stellung nehmen zu der Vernehmlassung, wo es um Bootsplätze geht. Er würde sich freuen, wenn ausser der CVP sonst noch jemand etwas dazu sagt. Planungsgrundsätze wären, z.B. und das wäre dann fest für die ca. 20 nächsten Jahre: „bei der Vergabe von Bootsliegeplätze sind motorlose Boote zu bevorzugen“. Das hätte nicht nur Nachteile für Stein am Rhein. Es würde dann viele Gästeplätze geben, da viele in der Runde, die ein Motor-Boot haben, wohl nicht an den See hochrudern würden, aber mehr Deutsche und Thurgauer könnten dann mit den grossen Booten nach Stein am Rhein fahren, um zu Abend zu essen. Er wäre froh, wenn in diesem Zusammenhang sonst noch jemand die Initiative ergreift.
Im Moment ist das Wasser kein Problem, wenn aber jemand über zu wenig Wasser verfügt, müsste er das nicht bei der Stadt machen, sondern beim Wasserwirtschaftsamt. Er hatte eine gröbere Diskussion darüber in dieser Woche, da er zu der Rechnung etwas im Kantonsrat sagen wird.

Mitteilung an:
Werkreferent
Stadtschreiber
Bauverwaltung
Zentralverwaltung
Stadtpolizei
Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

7. Volksmotion Götti:
Öffentliche Ausschreibung von Restaurationsbetrieben der Stadt Stein am Rhein

Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, bittet den anwesenden Herr Götti gleich selbst zur eingereichten Volksmotion Stellung zu nehmen.

André Götti begrüsst die Anwesenden und freut sich, dass er diese Motion selber näher bringen darf. Er möchte die Motion vortragen und anschliessend einen Lösungsansatz präsentieren.
Am 24.04.2012 reichte die Gastro Stein am Rhein folgende Volksmotion ein:

„Öffentliche Ausschreibung von Restaurationsbetrieben der Stadt Stein am Rhein“
Der Einwohnerrat wird eingeladen, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um eine öffentliche Ausschreibung der Restaurationsbetriebe, die sich im Besitz der Stadt Stein am Rhein befinden zu ermöglichen. Insbesondere ist sicherzustellen, dass die Burg Hohenklingen bei einer Neuvergabe (Pächtersuche) ausgeschrieben wird.
Kurze Begründung:
Die Unterzeichner erhoffen sich durch eine Ausschreibung, dass ein klares Anforderungsprofil für die neuen Pächter erstellt wird und so eine Vergabe nach diesen Kriterien erfolgt. Es ermöglicht eine breite Bekanntmachung und wir gehen davon aus, dass

so eine breitere Schicht über eine Neuvermietung informiert wird. Zudem stellt ein Anforderungsprofil sicher, dass genaue Kriterien (vorzugsweise in einem dafür geeignetem Gremium) festgelegt werden und nach diesen ausgesucht und entschieden wird.

Lösungsansatz:
Es ist bekannt, dass verschiedene Restaurationsbetriebe im Besitz der Stadt Stein am Rhein sind, darunter auch gemischte Betriebe, denen evtl. eine besondere Beachtung zukommen muss. Nicht unbedingt in der Ausarbeitung eines Anforderungsprofils und Kriterien, vielmehr bei der Ausschreibung. Wir denken, dass auf eine Ausarbeitung einer Verordnung verzichtet werden kann, würden es aber sehr begrüssen, wenn ein Reglement ausgearbeitet werden könnte. Dessen Inhalt als Lösungsansatz angedacht sein könnte:

„Richtlinien für die Vergabe von Restaurationsbetrieben der Stadt Stein am Rhein“
Die Restaurationsbetriebe, die der Stadt Stein am Rhein sind, werden grundsätzlich zum Betrieb ausgeschrieben. Der Stadtrat ist angehalten Anforderungsprofil und genaue Kriterien nach Möglichkeit mit einem dafür geeigneten Gremium auszuarbeiten, nach diesem Anforderungsprofil werden diese Betriebe ausgeschrieben, Pächter gesucht und entschieden. Der Stadtrat kann in begründeten Fällen Ausnahmen für eine mögliche Ausschreibung machen. Es sind dies z.B. in Notsituationen, um Schaden abzuwehren und zu verhindern, wenn geeignete Nachfolger da sind, z.B. Familienmitglieder, Geschäfts-Stellvertreter, die sich selbständig machen würden, oder der Anteil Restauration nicht 50% des Betriebes übersteigt.

André Götti hätte diese Unterlagen dem Einwohnerrat gerne zugestellt, er wusste jedoch nicht, ob er das dürfe oder könne. Er dankt für die Aufmerksamkeit und würde sich freuen, wenn diese Motion für erheblich erklärt würde.

Georg Berner, parteilos, informiert, dass die Pro Stein in der Fraktion über die Motion diskutiert hat. Auch sie sind der Meinung, dass ein Anforderungsprofil wichtig ist. Sind aber der Meinung, dass es für die Burg zuerst ein Gastrokonzept geben muss, bevor man dann ein Anforderungsprofil erstellen kann. Der Antrag könnte eine gewisse Willkür verhindern, da sind sie sich einig. Sie würden daher empfehlen auf die Volksmotion einzutreten und diese für erhebliche zu erklären.

Ruedi Vetterli, parteilos, ergreift für die SP-Fraktion das Wort. Es hat ja verständlicherweise verschiedene Irritationen und auch Ärger gegeben in Zusammenhang mit Pächterwechseln auf der Burg Hohenklingen. Wir sind aber nicht der Meinung, dass Restaurationsbetriebe der Stadt Stein am Rhein immer öffentlich ausgeschrieben werden müssen.
Ein Anforderungsprofil ist auf jeden Fall wichtig und nötig, wenn man einen geeigneten Pächter sucht. Aber das kann man auch erstellen oder anpassen ohne den Zwang einer öffentlichen Ausschreibung.
Wir sind der Meinung, dass es dem Stadtrat bei zukünftigen Vergaben von Gastrobetrieben zuzutrauen ist, sinnvoll zu entscheiden, ob eine öffentliche Ausschreibung erfolgen soll, ob er den Prozess selber in die Hand nehmen oder dies delegieren will. Es könnte auch zu Schwierigkeiten kommen, wenn bei besonderen Umständen schnelle Entscheidungen nötig sind. Betroffen wäre auch die Cafeteria im Altersheim und man ist sich nicht sicher, ob dann eine öffentliche Ausschreibung sehr sinnvoll wäre.
Wir verstehen die Anliegen und Beweggründe der Motionäre, sind aber der Überzeugung, dass es in Zukunft auch ohne diese zusätzliche gesetzliche Grundlage gut und im Interesse von allen laufen wird bei Vergaben.

Wir werden diese Motion nicht für erheblich erklären.

Werner Schmid, FDP, erklärt, dass ihr erster Gedanke auch gewesen sei, die Stadt habe jetzt ja mit dem Gastrokonzept die richtigen Schritte ergriffen und deshalb die Motion als nicht erheblich zu erklären. Es geht aber auch darum, dass man für später die Diskussionen gleich vermeiden kann und deshalb möchte man es eigentlich sauber regeln. Gleichzeitig lässt die Stadt durch Gastro Consult für eine rechte Summe Geld ein Konzept erarbeiten, das dann als eine gute Basis gebraucht werden kann. Deshalb sind wir der Meinung, man soll diese Chance nutzen und möchten diese Motion grossmehrheitlich für erheblich erklären. Wir weisen aber auch auf die Probleme hin, die der Vorredner bereits erwähnt hat. Bei den gemischten Betrieben wie Oberwald und der Cafeteria des Altersheim, allenfalls sogar das Strandbad. Das ist aus unserer Sicht eigentlich noch nicht ganz genau geklärt. Das Strandbad könnte man jetzt noch ausschreiben, das Altersheim wäre schon schwieriger und Oberwald wäre gar nicht möglich zum öffentlich Ausschreiben, da es ein Landwirtschaftsbetrieb ist. Das müsste dann in der Umsetzung dieser Volksmotion ganz sauber geklärt werden, welche Kategorie der Betriebe hineingehören und welche nicht.

Rene Meile, Vizepräsident, nimmt im Namen des Stadtrates Stellung zur Motion.
Mit Datum vom 13.04.2012 ist die Volksmotion von Herrn André Götti und 13 Mitunterzeichner eingereicht worden. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die letzten Monate und die besonderen Umstände zu dieser Volksmotion führten.
Der Stadtrat hält mit allem Nachdruck fest, dass er die bereits laufende Ausschreibung ohne Aufforderung durch eine Volksmotion vorgenommen hat. Schon am 2. März 2012 ist das Erstgespräch mit möglichen Beratungsfirmen geführt und die Bedingungen für die Offertstellung besprochen worden. Aufgrund der Offerte und des bereits im Jahr 2005 erarbeiteten Betriebskonzepts für die sanierte Burg Hohenklingen, damals wurde der Betrieb ja bereits auch ausgeschrieben, fiel die Wahl auf die Gastro Consult, eine Tochtergesellschaft des Branchenverbandes für Hotellerie und Restauration Gastro Suisse. Der Stadtrat hat den Antrag an seiner Sitzung vom 28. März 2012 schriftlich erteilt und den dazu notwendigen Nachtragskredit genehmigt.
Der Stadtrat ist sich, wie das Beispiel zeigt, bewusst, dass das Interesse an der Besetzung der Pächterstelle sehr gross ist und das Verfahren dementsprechend transparent und fair sein muss. Er hält sich im Regelfall auch daran. Er stellt jedoch grundsätzlich fest, dass die Volksmotion, seiner Meinung nach, zum falschen Zeitpunkt kommt.
Die Vergabe der Burg ist bisher nur einmal ohne Ausschreibung erfolgt, das war im Jahr 2009 nach dem Konkurs des Vorgängers der heutigen Pächterin. Damals ist die Übergabe an die neue Pächterin, die Hohenklingen GmbH innert rund einer Woche erfolgt. Gemäss Wissen des Stadtrates waren damals alle Kreise froh, dass der Betrieb, kurz vor der Hochsaison, ohne Unterbruch weiterlief und die zahlreichen Reservationen wahrgenommen wurden. Der Imageschaden wäre gross gewesen, wenn man seinerzeit die Pacht hätte ausschreiben müssen, das Restaurant wäre mehrere Monate geschlossen gewesen. Im Jahr 2009, das ist richtig, ist keine Ausschreibung erfolgt. Ob die Forderung nach der öffentlichen Ausschreibung damals richtig gewesen wäre, muss hier nicht beantwortet werden, zu jenem Zeitpunkt jedoch, so erschien es dem Stadtrat, blieb keine andere Möglichkeit.
Der Stadtrat sieht auch heute Szenarien, in denen eine Vergabe, z.B. bei einer innerfamiliären Weiterführung der Pacht, bei Unfällen und plötzlichen persönlichen Veränderungen, bei Tod usw., ohne Ausschreibung erfolgt. Er sucht dies sicher nicht, kann aber diese Möglichkeiten nicht ausschliessen, ausser die Stadt nimmt in Kauf, dass die Burg während Wochen, allenfalls Monaten nicht bewirtet wird.

Die Volksmotion verlangt, dass die gesetzliche Grundlage für die öffentliche Ausschreibung der Restaurationsbetriebe, die sich im Besitz der Stadt Stein am Rhein befinden, geschaffen werden soll. Die Vorredner haben es bereits angetönt, was passiert mit der Cafeteria im Altersheim, mit dem Betrieb im Strandbad, mit dem Restaurant in Oberwald. Die öffentliche Ausschreibung für die drei letztgenannten Betriebe macht einiges Kopfzerbrechen, da sie an Institutionen bzw. Pachtbetrieb gekoppelt sind und nicht separat gepachtet werden können.

- Die Cafeteria müsste aus dem Betrieb des Alters- und Pflegeheims ausgegliedert werden. Aber ob das sinnvoll ist?
- Im Strandbad wird Badebetrieb und Kiosk- bzw. Restaurationsbetrieb getrennt.
- Auf Oberwald müsste die Wirtschaft aus dem Bauernbetrieb ausgegliedert, neu gebaut und das Wohnhaus um die Küche erweitert werden.

Das bedeutet, ein solches Reglement wäre eine Lex Hohenklingen. Und ob das sinnvoll ist, dass das auch noch reglementiert wird? Der Stadtrat hat mit einer Ausnahme dies immer korrekt gemacht und hat sich jetzt sogar durch eine Firma, die einiges an Geld kostet, Hilfe geholt.
Eine Reglementierung kommt wieder typisch aus einem Bauchgefühl heraus. Er findet es gibt genug Reglemente und man muss nicht immer alles reglementieren, man darf auch noch etwas Vertrauen in den Stadtrat haben, dass dieser hin und wieder sein Gehirn auch braucht.
Er bittet den Einwohnerrat, diese Volksmotion nicht zu überweisen.

André Götti hält fest, dass er heute Abend nicht offiziell eingeladen wurde, um die Motion zu vertreten. Er war heute zur Stadt gegangen und hatte sich informiert, er konnte sich nicht vorbereiten, sonst hätte er die Unterlagen den Mitgliedern zugestellt. Die Motionäre sehen ebenfalls die Ausnahmen. Diese Ausnahmen kann man schaffen. Das Gleiche gilt auch für Notsituationen, um Schaden abzuwehren und zu verhindern. Auch ist mit den 50% ganz klar definiert, was bei einem gemischten Betrieb gilt. Wenn in einem Bauernbetrieb die Wirtschaft nicht über 50% beträgt, ist man nicht dem GAV unterstellt, der die Arbeitszeit, Ferien etc. regelt. In einem solchen Fall ist es ein Bauernhof und man muss diesen auch nicht ausschreiben. Die Argumente, die der Stadtrat jetzt vorbringt sind im Vorschlag schon relativ entschärft worden, es ist keine Lex Hohenklingen. Zudem ist diese Volksmotion nicht ein Bauchgefühl, wie der Stadtrat das darstellt. Dies ist an der Generalversammlung der Wirte von Stein am Rhein entstanden und sie haben sich dabei auch etwas überlegt.

Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, bittet Herrn Götti, dies nicht falsch zu verstehen. Dies war eine Meinungsäusserung des Stadtrats René Meile und der Einwohnerrat ist absolut neutral. Er nimmt eine Volksmotion sehr ernst und hat diese sehr ausgiebig beraten.
Er bedankt sich für die Ausführungen bei Herrn Götti und entschuldigt sich für die Missverständnisse, dass die Einladung buchstäblich zwischen Stuhl und Bank gefallen ist.
Es ist grundsätzlich so bei einer Motion, dass der Einwohnerrat diese für erheblich erklärt und der Stadtrat erarbeitet aufgrund dieser Motion eine Vorlage, die dann später wieder dem Einwohnerrat vorgelegt wird. Es ist also nicht so, dass eine Volksmotion eingegeben werden kann und diese wird dann so 1:1 übernommen.

René Meile, Vizepräsident, möchte Herrn Götti nicht angreifen, aber er arbeitet auf der Rechtsberatung und erlebt dort tagtäglich, dass Leute etwas wissen wollen und man sagt dann, das sei nicht reglementiert. Dann finden die Leute, aber das sollte doch reglementiert sein. Man jammert immer, es werde so viel reglementiert und er findet, es ist

einfach nicht der richtige Weg, alles zu reglementieren. Die Stadt Schaffhausen hat mehrere Restaurants und hat dafür auch kein Reglement.
Richtigerweise haben die Initianten bemerkt, dass man da dann doch noch einige Ausnahmen der Regel machen müsste. Aber wenn man anfängt Ausnahmen zu machen von einer Regel, dann ist das schon wieder interpretationswürdig. Was ist jetzt ein Notfall, wer entscheidet das? Am Schluss auch der Stadtrat und je nachdem, welche Stadträte im Amt sind, entscheiden sie so oder so. Dann gibt es sicher Leute, die finden, aber das ist jetzt falsch interpretiert, das ist gar kein Notfall. Oder bei der Übergabe innerhalb einer Familie kann es sein, dass man sagen muss, das macht Sinn, aber es gibt vielleicht Leute, die dann finden, nein, es wäre gut, wenn da jemand anders käme. Wer entscheidet jetzt? Ein Reglement, das immer eine Hintertüre offen hat, ist eigentlich sinnlos.
Er bitte nochmals darum, die Motion nicht zu überweisen.

Beschluss:

Die Volksmotion „Öffentliche Ausschreibung von Restaurationsbetrieben der Stadt Stein am Rhein“ wird mit 3 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.

Werner Käser, FDP, erklärt, er habe sich der Stimme enthalten aus dem Grund, der René Meile genannt hat, dass man nicht mehr Reglemente macht als unbedingt nötig. Er möchte aber, dass im Protokoll festgehalten ist:

„Die Stadt muss in der Regel diese Ausschreibungen im Sinn der Volksmotion machen“.

Mitteilung an:
André Götti, Charregass 5, 8260 Stein am Rhein
Baureferent
Finanzreferentin
Stadtschreiber
Ablage

INNERES, Einwohnerrat **03.20.**

8. Allgemeine Umfrage

Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, ist André Ullmann noch eine Antwort schuldig betreffend Geschäftsordnung im Bereich der GPK. Es geht dort vor allem um die Auftragserteilung an die GPK, dass diese nicht nur auf Vorkommnisse reagieren kann, sondern auch selbständig Geschäfte untersuchen darf. Das Büro wird einen Vorschlag erarbeiten und diesen dem Rat an der November-Sitzung unterbreiten.
Auch betreffend Karriere/Laufbahn im Einwohnerrat wird das Büro eine Lösung erarbeiten und dann präsentieren.

Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, informiert auch, dass sich am 19.02.2012 die GPK, wie in der Geschäftsordnung vorgesehen, den Auftrag erteilt hat, das Rechtsgeschäft zwischen der Stadt und der Mieterin der Burg Hohenklingen zu überprüfen. Am 12.05.2012 hat die GPK diesen Auftrag abgeschlossen und den Bericht der Stadt und dem Einwohnerratspräsidenten überreicht. Der Bericht liegt dem Einwohnerratspräsident vor und er möchte nicht auf die Details eingehen. Er möchte aber das Fazit der GPK in diesem Bereich gerne vorlesen:

„Der Stadtrat hat in der schwierigen Situation rund um den Rücktritt des Stadtpräsidenten, zum Zeitpunkt seiner Entscheidung in Sachen Wechsel in die Betriebsführung auf Burg Hohenklingen, betreffend Nebentätigkeiten und Beurlaubung aus Sicht der GPK, unter Berücksichtigung der Umstände und im Rahmen seines Ermessensspielraum, korrekt gehandelt. Auch wenn gewisse rechtliche Punkte rückwirkend betrachtet etwas anders gelöst hätten werden können und einzelne Aspekte durch den Stadtrat bewusst nicht abschliessend geregelt worden sind“.
Wenn jemand vom Einwohnerrat die Details möchte, kann er bei Stephan Brügel einen Termin abmachen und Einsicht haben in diesen Bericht.
Entscheidend für ihn ist aber, dass alles korrekt abgelaufen ist.

*****

Guido Lengwiler, Pro Stein, weist darauf hin, dass man vor gut 10 Jahren den Parkplatz Hettler gebührenpflichtig gemacht hat. Auf Antrag eines FDP-Mannes an einer Gemeindeversammlung. Sie haben darauf verlangt, dass die flankierenden Massnahmen stimmen müssen, damit die Autos dann nicht in den Quartieren parkiert werden. Jetzt wurde auch der Schützenhaus-Parkplatz gebührenpflichtig gemacht. Er ist nicht gegen die Gebührenpflicht, im Gegenteil, der Parkplatzfonds ist leer und muss gefüllt werden. Die flankierenden Massnahmen wurden gemacht, dass die Quartiere Rietstrasse, Niderfeld, Wisegässli weniger belastet werden. Er stellt jetzt aber fest, dass seit der Gebühr beim Schützenhaus wieder massiv mehr Suchverkehr von Auswärtigen in den Quartieren im erwähnten Bereich stattfindet. Er stellt auch fest, dass gewisse Leute, Hilfspolizisten, sagen, dass diese Bereiche nicht kontrolliert werden. Er weiss nicht, ob das so richtig ist, aber er bittet, darauf ein Auge zu werfen. Jetzt dann mit der Hochsaison im Strandbad und der Gebührenpflicht auf allen Parkplätzen ist der Druck auf die angrenzenden Quartiere noch grösser und das darf man nicht zulassen.

René Meile, Vizepräsident, nimmt dies zur Kenntnis und er kann gleich noch mitteilen, dass das Geschäft „30-er Zone“ dieses Jahr auch noch kommen wird.

*****

Urs Weibel, SP, möchte wissen, wie weit man bei den ausgeschriebenen Stellen ist, vor allem betreffend Bereichsleiter Bau.

René Meile, Vizepräsident, teilt mit, es seien sehr gute Bewerbungen für den Bereichsleiter Bau eingegangen. Es sieht sehr gut aus, dass die Stelle mit einer guten Person besetzt werden kann. Beim Archivar wurde die Anstellung bereits vorgenommen auf den 01.07.2012, auch ein sehr guter Mann. Sie sind überrascht, dass sie so gute Bewerbungen erhalten haben. Jetzt ist die Situation so, dass René Clausen gekündigt hat, er geht nach Neuhausen. Jetzt muss ein Bausekretär gesucht werden und es wird geschaut, ob bei den eingegangenen Bewerbungen Bereichsleiter Bau evtl. Leute darunter sind, die für diese Position auch in Frage kämen. Sie sind auf Kurs und er hat das Gefühl, dass bis Ende Jahr das Team komplett sein wird.

Urs Weibel, SP, möchte wissen, ob eine geordnete Übergabe mit dem Weggang von René Clausen möglich ist.

René Meile, Vizepräsident, erklärt, dass man mit einem Springer arbeiten werde.

*****

Heidi Schilling, Finanzreferentin, hat noch eine Mitteilung zur nächsten Sitzung. Die Kita ist ja städtisch geworden und da wird die Verordnung, die erarbeitet worden ist dem Einwohnerrat auch noch präsentiert und der Versuchsbetrieb Mittagstisch wird auch Thema an der nächsten Sitzung sein.

*****

Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, verweist noch auf die nächsten Termine, die anstehen.

- 26. August 2012 Wahl des Schulpräsidenten
- 14. September 2012 Einwohnerratssitzung

Schluss der Sitzung 23.00 Uhr

Stein am Rhein, 2. Juli 2012

Die Protokollführerin

Yvonne Widmer